



LAND
BRANDENBURG

Staatskanzlei



Bilanz der Landesregierung

4. Legislaturperiode 2004–2009



Vorwort	3	4. Stadt – Land – Lebensqualität	21
Einleitung	4	Attraktive Städte durch Erneuerung, Umbau und Entwicklung	21
1. Bildungschancen als Lebenschancen	6	Ländliche Räume haben Zukunft in Brandenburg	22
Gute Bildung für die Jüngsten!		Natur und Landschaft brauchen Schutz und Pflege	23
Frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten....	6	Nachhaltige Mobilität in allen Landesteilen	23
Wir machen Schule – das allgemeinbildende Schulwesen in Brandenburg	6	Familien und Kinder haben Vorrang!	24
Studium lohnt! Hochschulbildung in Brandenburg.....	8	Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	26
Lernen, ein Leben lang! Weiterbildung und Fachkräftesicherung.....	9	Balance zwischen den Generationen	26
2. Stärken stärken	11	5. Unser Land – eine Region in Europa	27
15 Regionale Wachstumskerne statt vereinzelter Leuchttürme.....	11	Europa im Blick	27
Branchenkompetenz wächst mit Vernetzung	12	Strukturentwicklung mithilfe der Europäischen Union	27
Ein leistungsfähiges Straßennetz stärkt die Standortqualität Brandenburgs	13	Partnerland in Mittellage	29
Die Entwicklung der Tourismusbranche in Brandenburg – eine Erfolgsgeschichte von vielen	13	6. Staat in Aktion für die Bürgerinnen und Bürger	30
Der Standort Land Brandenburg – eine gute Wahl	14	Sicher ist sicher: Schutz und Prävention im täglichen Leben.....	30
3. Energie und Kreativität für heute und morgen	16	Kampf gegen Kriminalität und Korruption	30
Energiestrategie 2020	16	Landesverwaltung Brandenburg – „schlanker“ und effizienter.....	31
Spitzenreiter bei erneuerbaren Energien.....	16	Leistungsstarke Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger.....	32
„Saubere“ Kohle für Brandenburg.....	17	E-Government gehört die Zukunft	32
Wissenschaftliche Lösungen für die regionale Wirtschaft – das Landesinnovationskonzept	17	7. Miteinander – füreinander. Bürgersinn für Brandenburg	34
Wissen – die Ressource von morgen	19	Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus	34
Noch eine Erfolgsgeschichte – Kulturland und Medienstandort Brandenburg.....	19	Toleranz und Weltoffenheit – unverzichtbar für unser Land	34
		Engagiert für Minderheiten	36
		Miteinander und Füreinander in Brandenburg	36
		Das Parlament mitten unter uns	37
		Neubau in Potsdams Mitte	37



Die Landesregierung hat von 2004 bis 2009 dafür gearbeitet, Brandenburg fit zu machen für eine Zukunft mit guten Lebenschancen für alle. Wir haben das anspruchsvolle Ziel formuliert, unser Land zu einer lebenswerten, weltoffenen und wirtschaftlich florierenden Region in Europa zu entwickeln.

Diesem Ziel waren und sind wir verpflichtet, dafür haben wir gemeinsam Politik gemacht. Dabei fühlten wir uns stets in der Verantwortung für das ganze Land Brandenburg und für alle Menschen, die hier leben. Beide Koalitionspartner haben sich dieser großen Herausforderung gestellt. Wir haben von Beginn an politikfeldübergreifend gearbeitet. Die über den Verantwortungsbereich einzelner Kabinettsmitglieder hinausreichenden Ziele und Aufgaben haben wir im „Mannschaftsspiel“ verfolgt.

Austausch und Zusammenarbeit mit den Akteuren auf kommunaler und regionaler Ebene, mit der Wirtschaft, mit Interessenvertretungen und mit allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes waren und sind integraler Bestandteil unserer Politik.

Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.



Matthias Platzeck

Matthias Platzeck
Ministerpräsident



Johanna Wanka

Prof. Dr. Johanna Wanka
Stellvertretende Ministerpräsidentin



Die maßgeblichen Entwicklungstrends unserer Zeit – die Globalisierung, der demografische Wandel, der Strukturwandel zur Bildungs- und Wissensgesellschaft – wirken sich direkt und mittelbar auf unser Land aus. Im Verlauf der vierten Legislaturperiode und ganz besonders in den zurückliegenden Monaten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist immer deutlicher geworden, wie sehr unser Land inzwischen international verflochten ist. Dabei sind nicht nur das Ausmaß und das Tempo, sondern vor allem die Komplexität der Krise und ihre Folgen ein Lehrstück für Politik weltweit.

Das Land Brandenburg bleibt von der weltweiten Rezession nicht unberührt. Die sinkende Nachfrage nach Investitionsgütern und die Verringerung der industriellen Fertigung als Reaktion auf den Einbruch der Auftragsgänge sind deutlich spürbar. Dennoch: Wir sind als Land deutlich besser aufgestellt als früher, weil wir die „guten Zeiten“ genutzt und Brandenburg in vielerlei Hinsicht, vor allem in Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, gestärkt haben. Unsere eigene Finanzpolitik haben wir in den vergangenen fünf Jahren durch eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung auf ein solides Fundament gestellt. Es ist in der Geschichte des Landes erstmalig gelungen, zwei Haushaltsjahre in Folge ohne neue Schulden abzuschließen und sogar Überschüsse zu erwirtschaften. Der Versorgungsfonds des Landes Brandenburg wurde errichtet, dem für alle neuen Beamten und Richter ab dem 01.01.2009 Mittel zugeführt werden, um deren Versorgung ab dem Jahr 2020 vollständig aus dem Fondsvermögen – und nicht mehr aus laufenden Haushaltsmitteln – zu decken. Zusätzlich wird der Fonds mit 400 Mio. Euro aus dem Überschuss des Haushaltsjahres 2007 ausgestattet. Das ehrgeizige Ziel der Landesregierung für diese Legislaturperiode, die Nettokreditaufnahme bis spätestens 2010 auf null zu reduzieren, wurde er-

reicht. Das Land ist nicht zuletzt deshalb in der Lage, seinen Beitrag zur Umsetzung der Konjunkturpakete I und II und damit zur Krisenbewältigung zu leisten.

Es hat sich gezeigt, dass langfristige und nachhaltige Strategien über den Tag hinaus ebenso wichtig sind wie schnelles und entschlossenes Handeln in Krisenzeiten.

Das sind die wichtigsten und für das Land folgenreichsten Weichenstellungen dieser Legislaturperiode:

- Die Landesregierung hat Prioritäten gesetzt. Vorrang hat, was die Zukunft des Landes sichert – Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Technologietransfer.
- Wir haben die Förderstrategie des Landes umgestellt und auf die regionalen und sektoralen Entwicklungspotenziale im Land konzentriert, um die Wirtschaftsstruktur effektiver zu entwickeln.
- In Brandenburg verstehen wir Bildungschancen als Lebenschancen. Wir richten unser Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule daran aus.
- Die Landesregierung hat aufgezeigt, was der demografische Wandel für Brandenburg bedeutet: höhere Lebenserwartung und damit mehr ältere Menschen, sinkende Bevölkerungszahlen und regionale Umverteilung. Mit der Gestaltung dieser Folgen demografischer Entwicklung haben wir landesweit begonnen.
- Wir haben die Energiestrategie des Landes bis zum Jahr 2020 fortgeschrieben mit dem Ziel, die Energieversorgung langfristig zu sichern und zugleich die Umwelt besser als bisher zu schützen.

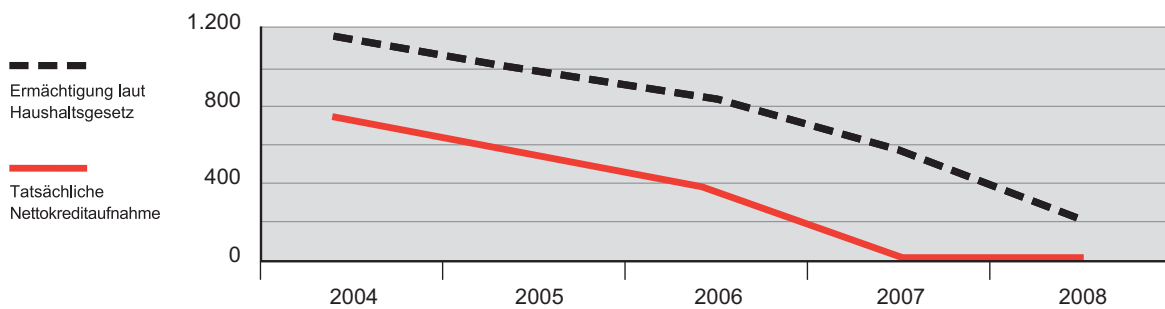


- Die Landesregierung unterstützt Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen beim Wissens- und Technologietransfer. Das Landesinnovationskonzept ist die Grundlage dafür und führt Wissenschaft und Wirtschaft enger zusammen.
- Brandenburg hat eine Strategie zur langfristigen Fachkräftesicherung entwickelt, damit wir den Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften auch in Zukunft decken können.
- Berlin und Brandenburg haben ihre gemeinsame Landesplanung an zukünftigen Anforderungen ausgerichtet, um Wachstumsförderung und Infrastrukturentwicklung in der Metropolregion voranzubringen.

Demonstrationen und Volksinitiativen, gehört zu einem demokratischen Gemeinwesen dazu.

Die Einführung der neuen Förderstrategie beispielsweise führte erst zu heftigen Diskussionen auf kommunaler Ebene und im zweiten Schritt zu einer konstruktiven Koordination vor Ort und zum Wettbewerb zwischen den Regionen. Am Ende hatte es sich für Politik und Verwaltung gelohnt, mit Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft, mit Bildungsträgern und Bürgerbündnissen ins Gespräch zu kommen. Eine ehrliche Bestandsaufnahme, die Formulierung von Zielen für die Region oder Kommune, das Nachdenken über den Weg zum Ziel haben gezeigt: Jede Region in unserem Land hat Stärken und muss punkten, wenn wir gemeinsam vorankommen wollen.

■ Entwicklung der Nettokreditaufnahme (in Mio. EUR)



Quelle: Ministerium der Finanzen

Zukunftsweisende Konzepte hat die Landesregierung auch in vielen anderen Politikfeldern entwickelt: zur Stärkung der Zivilgesellschaft und des ehrenamtlichen Engagements, für Bürokratieabbau und E-Government, für eine stärkere Internationalisierung und verbesserte Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union (EU), zur Modernisierung der Polizei und Landesverwaltung, zur Entwicklung der ländlichen Räume, für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Zusammenarbeit mit Berlin haben wir weiter vertieft. Nirgendwo in Deutschland gibt es zwei Länder, die auf so vielen Feldern kooperieren.

Alle diese Strategien und Konzepte haben wir in der Öffentlichkeit bekannt gemacht und zur Diskussion gestellt. Wir haben unsere Politik umfassend kommuniziert. Die Mitglieder der Landesregierung sind im wahrsten Sinne des Wortes „über Land gezogen“, um Aufgaben, Probleme, Lösungsansätze mit den Menschen zu diskutieren. Meist führte das zu Veränderungen – in den Papieren und in den Köpfen aller Beteiligten. Widerspruch, auch in Form von Protestbriefen,

Ein weiteres Beispiel: Brandenburg hat als bundesweit erstes Land einen umfassenden Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung zur zeitgeschichtlichen Erinnerungskultur vorgelegt. Darin sind die fortgesetzten Anstrengungen zur Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus ebenso wie die verstärkte Befassung mit der DDR-Geschichte dokumentiert. Dieser Bericht ist ein Zeugnis gelebter Demokratie, denn er wurde bereits während der Erarbeitung mit und in der Zivilgesellschaft diskutiert.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir alle gemeinsam viel erreicht. Das Fundament für eine selbsttragende Entwicklung unseres Landes ist gelegt. Die Konzentration und Neuausrichtung der knapper werdenden Haushaltsmittel war ein schwieriger, aber notwendiger Prozess. Das Fordern und Fördern von Eigeninitiative und Eigenverantwortung ist nicht bequem, aber ebenfalls unverzichtbar. Mehr denn je brauchen wir in Brandenburg Ideen und Initiativen, Mut und Tatkraft, Ehrgeiz und Durchhaltevermögen, um eine lebenswerte Zukunft zu gestalten.

Gute Bildung eröffnet heute jedem die Chance auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. Bildungschancen sind Lebenschancen. Zugleich sind gut ausgebildete Menschen unsere wichtigste Ressource. Deshalb hat Bildung Priorität in Brandenburg.

Gute Bildung für die Jüngsten! Frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten

Brandenburg hat ein am Bedarf orientiertes, dicht geknüpftes Netz an Kindertagesstätten. Der Anspruch auf einen Kitaplatz bleibt auch bei Arbeitslosigkeit der Eltern bestehen. Unser Land hat in dieser Legislaturperiode den bundesweiten Spitzenplatz bei der Betreuungsquote halten können; der Versorgungsgrad der Jüngsten bis hin zu den Sechsjährigen ist ebenso vorbildlich wie im Hort.



Betreuung, Bildung und Erziehung gehören in unseren Kitas zusammen. Neben der Sicherung der Betreuungsquote war es Ziel der Landesregierung, die frühkindliche Bildung zu stärken und zu verbessern. Zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit wurden im Dialog mit den Fachkräften Grundsätze elementarer Bildung erarbeitet. Mit den „Grenzsteinen der Entwicklung“ haben die Erzieherinnen und Erzieher jetzt ein Instrument zur regelmäßigen Entwicklungsbeobachtung und können auf mögliche Beeinträchtigungen schnell und abgestimmt reagieren. Damit unsere Kinder ihre Schullaufbahn gut vorbereitet beginnen können, werden in allen Kitas bei allen Kindern ein Jahr vor der Einschulung Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung durchgeführt. Die Erzieherinnen und Erzieher testen dabei die Sprachentwicklung der Kinder und fördern zielgerichtet die Kinder mit Schwierigkeiten. Beratung, Hospitation und Erfahrungsaustausch ermög-

lichen insbesondere die Praxisberaterinnen und die Konsultationskitas im Land, die als Erfolgsmodell inzwischen auch in anderen Bundesländern eingeführt wurden. Hinzu kommen gezielte Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher.

Über Investitionen des Bundes zum Krippenausbau sowie mit der Bildungsinfrastrukturpauschale im Konjunkturpaket II wurden und werden Verbesserungen der Infrastruktur für den Kitabereich eingeleitet.

Wir machen Schule – das allgemeinbildende Schulwesen in Brandenburg

Die Qualität des Bildungssystems zu verbessern, das Schulnetz unter den Bedingungen eines gravierenden Schülerrückgangs zu stabilisieren und das Schulsystem gezielt weiterzuentwickeln – dafür hat die Landesregierung gearbeitet. Nirgendwo haben sich die Auswirkungen des demografischen Wandels so schnell und so deutlich gezeigt wie im Bildungsbereich. Die zu Ende gehende Legislaturperiode war geprägt durch den landesweiten Rückgang der Schülerzahlen im letzten Jahrzehnt um 50%, in einigen Landesteilen sogar um bis zu 70%. Schließungen, vor allem von weiterführenden Schulen, waren daher unvermeidlich. Trotzdem wurde flächendeckend ein überwiegend gut erreichbares Netz weiterführender Schulen erhalten. Schulschließungen sind ausgangs dieser Legislaturperiode weitgehend abgeschlossen.

Wir haben ein leistungsfähiges, durchlässiges und übersichtliches Schulsystem geschaffen, das dem demografischen Wandel Rechnung trägt und zur Qualitätssteigerung beiträgt. Die sechsjährige Grundschule in Brandenburg ermöglicht unseren Kindern eine in Deutschland vergleichsweise lange Zeit gemeinsamen Lernens vor dem Wechsel in die Oberschule, die Gesamtschule oder auf das Gymnasium. Realschulen und Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe wurden zum Schuljahr 2005/06 in Oberschulen überführt. Diese in Brandenburg neu etablierte Schulform hebt den Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife und Fachoberschulreife durch Stärkung der Kernfächer und vermehrtes Praxislernen auf eine qualitativ neue Stufe. Mit verbesserter Unterrichtsqualität und verstärkter individueller Förderung werden auch Schülerinnen und Schüler besser erreicht, die für ihren Schulerfolg spezifische Unterstützung brauchen. Kinder mit besonderem Förderbedarf werden ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechend in allgemeinbildende Schulen integriert. Damit soll die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne anerkannten Schulabschluss verringert werden.



Die Schulzeitverkürzung an den 75 Gymnasien im Land auf 12 Jahre wurde wie in den meisten Bundesländern umgesetzt. Damit ermöglichen wir einen schnelleren Beginn von Ausbildung oder Studium. Um Durchlässigkeit und Flexibilität auf dem Weg zum Abitur zu sichern, bieten Gesamtschulen und berufliche Gymnasien weiter das Abitur nach 13 Schuljahren an – flächendeckend mit mindestens einem Angebot pro Kreis. Zur Weiterentwicklung des Schulsystems in Brandenburg gehören auch die gesetzliche Festschreibung der Ganztagschule, des Visitationssystems und der Selbstständigkeit von Schule. Außerdem wurden Leistungs- und Begabungsklassen ab Jahrgangsstufe 5 an 35 weiterführenden Schulen eingerichtet. Besonderes Augenmerk hat das Land auf die Übergänge im Bildungssystem gerichtet. Beispielsweise wurde ein gemeinsamer Orientierungsrahmen für die Bildungs-

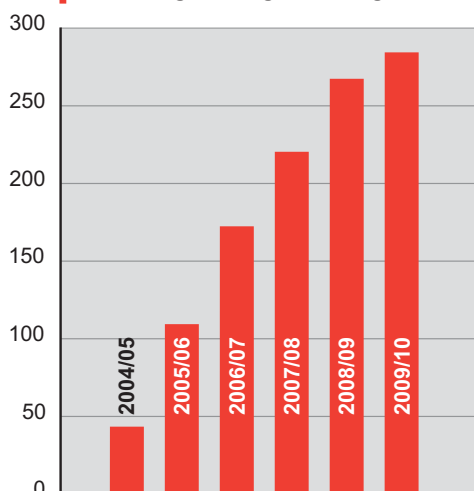
arbeit in Kindertagesstätten und Grundschulen entwickelt, um die Bildungsprozesse beider Einrichtungen anschlussfähig zu gestalten. An einer weiteren wichtigen Schnittstelle – dem Übergang von der Schule in die Berufsausbildung oder das Studium – werden verstärkt Angebote zur Berufs- und Studienorientierung entwickelt.

Ein wichtiger Gradmesser unseres Erfolgs sind die kontinuierlichen und deutlichen Verbesserungen in internationalen Schulleistungsstudien wie PISA. Sowohl in der Leistungsbemessung absolut nach Punktwerten als auch im Länder-Ranking belegt Brandenburg inzwischen einen guten Mittelplatz.

Mehr Qualität an brandenburgischen Schulen ist ablesbar

- an der Ausweitung der flexiblen Eingangsstufe für einen kindgerechten jahrgangsübergreifenden Schulanfang an inzwischen 172 Grundschulen;
- am erheblichen Ausbau der Ganztagschulen, allein in bauliche Verbesserungen wurden fast 245 Mio. Euro Bundesmittel und Mittel der Schulträger investiert;
- an der Profilierung der Oberschulen über die Initiative Oberschule mit über 20 Mio. Euro aus EU-Mitteln zur Vorbereitung der Schüler auf die berufliche Zukunft.

Seit 2004 genehmigte Ganztagschulen



Quelle: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Stellschraube für gute Bildung – gutes Personal

Gute Bildung ist nicht ohne gutes pädagogisches Personal zu haben – von der Kita bis zur Hochschule und zur Erwachsenenweiterbildung. Die Landesregierung dankt allen Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Kita- und Schulleitungen, den Ausbildern in der beruflichen Bildung, den Weiterbildnern und den Lehrenden an den Hochschulen für ihre engagierte Bildungsarbeit. Die Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften wurde in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. In dünn besiedelten Regionen wie der Prignitz, der Uckermark und der Lausitz wurden viele kleine Schulen mit kleinen Klassen erhalten. Diese bekommen die erforderliche Lehrerausstattung, um gute Unterrichtsqualität zu sichern. Der Rückgang der Schülerzahlen hat unvermeidlich zu einem erheblichen Rückgang beim Lehrerbedarf des Landes geführt. Trotzdem wurden in Brandenburg auch in dieser Legislaturperiode keine Lehrer entlassen. Vielmehr wurden pro Jahr ca. 200 überwiegend jüngere Lehrkräfte dauerhaft in den Schuldienst eingestellt. Das bringt neue Ideen in unsere Schulen und trägt zu einer ausgewogenen Altersstruktur bei. Diese Entscheidungen hatten allerdings zahlreiche Versetzungen zur Folge, da der Lehrerüberhang nicht gleichmäßig über das Land verteilt ist.



Studium lohnt! Hochschulbildung in Brandenburg

Die Zukunftschancen Brandenburgs sind eng mit den Hochschulen im Land verknüpft. Um die Chancen der brandenburgischen Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb um Studierende, wissenschaftliches Personal und Drittmittel zu verbessern, haben wir die Hochschulautonomie deutlich gestärkt. Der Gestaltungsspielraum der Hochschulen wurde mit der Flexibilisierung der Stellenplanbindung, der Einführung der Globalhaushalte und der Möglichkeit zur Rücklagenbildung bereits wesentlich vergrößert. Das Ende 2008 in Kraft getretene Hochschulgesetz eröffnet den Hochschulen weitere Freiräume, wie die erweiterte Organisationsautonomie, die Übertragung des Berufungsrechts und die Möglichkeit zur Bildung von Körperschaftsvermögen.

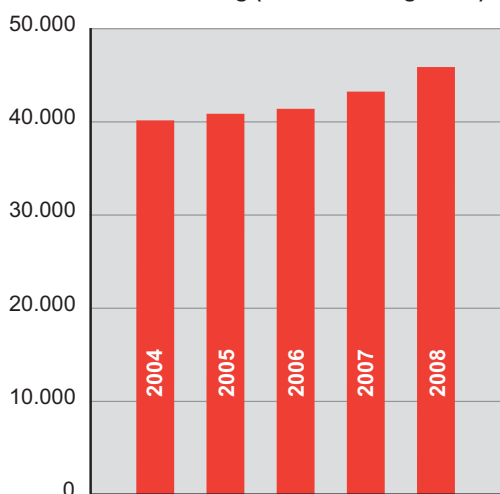
Die Studienanfängerzahlen in Brandenburg haben sich überaus positiv entwickelt. Von 2004 bis 2008 ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger um rd. 29% gestiegen. Daher hat die Landesregierung 2008 beschlossen, die Finanzierung von 3.500 zusätzlichen Studienplätzen zunächst bis zum Wintersemester 2013 fortzusetzen. Die gestiegene Studiennachfrage, aber auch die verbesserte Qualität von Lehre und Studium führen dazu, dass immer mehr junge Menschen ihr Studium an einer unserer Hochschulen erfolgreich beenden. Die Zahl der Absolventen stieg von 2004 bis 2009 um 49%. Ein Schwerpunkt der Hochschulpolitik war die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) unterstützt die strukturierte Doktorandenausbildung, mit der die Promotionsdauer verkürzt und die Erfolgsquote erhöht werden soll. Die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Promotionen nahm von 2004 bis 2007 um 43% zu. Bei nahezu unveränderter Zahl der besetzten Professuren stieg damit auch die Quote Promotion je Professor um rd. 27%. Diese Entwicklungen zeigen, dass unsere Studienangebote attraktiv und die Studienbedingungen an unseren Hochschulen gut sind. Viele junge Menschen aus ganz Deutschland und dem Ausland studieren in Brandenburg. Auch unser eigenes Studierendenpotenzial ist erfreulich groß; fast 42% der brandenburgischen Heranwachsenden erwerben die Hochschulreife. Aber zu wenige von ihnen nutzen diese Qualifikation und nehmen ein Studium auf. Die Landesregierung hat daher gemeinsam mit den Hochschulen und Schulen große Anstrengungen unternommen, um die Studierneigung der brandenburgischen Jugend zu erhöhen. Von 2007 bis 2010 werden etwa 3 Mio. Euro



für entsprechende Förderprogramme eingesetzt. Im Rahmen des Projekts „Studium lohnt!“ besuchen speziell geschulte Studierende alle weiterführenden Schulen des Landes, um auf Augenhöhe mit den Schülerinnen und Schülern etwa über Studienmöglichkeiten und Fragen der Studienfinanzierung zu sprechen sowie sie zum Studium zu ermutigen.

Zu guten Studienbedingungen gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Studium. Brandenburgischen Hochschulen wird seit längerem in bundesweiten Vergleichen und Wettbewerben Familienfreundlichkeit attestiert. Im neuen Hochschulgesetz des Landes ist Familienorientierung als Aufgabe der Hochschulen festgeschrieben. Das MWFK unterstützt die Hochschulen dabei mit einem Förderprogramm im Umfang von jeweils 800.000 Euro in 2008 und 2009. Die Hochschulen und das MWFK haben in Kooperation mit den Studentenwerken im Jahr 2008 das bundesweit einmalige Qualitätsversprechen „Kinder und Karriere“ abgegeben, das die Schaffung campusnaher Kinderbetreuungsangebote sowie Möglichkeiten für flexible Arbeitszeiten und eine flexible Studienorganisation für Eltern einschließt. Das Förderprogramm zur Steigerung der Familienfreundlichkeit ist Bestandteil des im Zeitraum 2007 bis 2009 mit rd. 39 Mio. Euro ausgestatteten „Zukunftsprogramms für Lehre und Studium 2020“. Mit diesem Zukunftsprogramm werden auch andere Projekte gefördert, wie der Aufbau des hochschulübergreifenden Netzwerkes für Hochschuldidaktik „Studienqualität Brandenburg“ und Maßnahmen zur besseren Gestaltung der Bildungsübergänge von der Schule an die Hochschule und von der Hochschule in den Beruf.

Anzahl der Studierenden in Brandenburg (Hochschulen gesamt)



Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Lernen, ein Leben lang! Weiterbildung und Fachkräftesicherung

Lebenslanges Lernen ist unverzichtbar für Erhalt oder Verbesserung der eigenen Kompetenzen in der Arbeits- und Lebenswelt der Zukunft. Die Landesregierung fördert und unterstützt daher eine höhere Weiterbildungsteilnahme und vielfältige Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Erwachsene. Das Spektrum ist breit und umfasst neben allgemeinen Angeboten wie Sprach- und PC-Kurse viele Spezialangebote, darunter

- die sogenannte Grundbildung für bildungsbenachteiligte Erwachsene;
- Angebote für Eltern und Großeltern zur Kindererziehung;

1. Bildungschancen als Lebenschancen

- diverse Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- Anpassungsqualifizierungen für Zugewanderte mit ausländischen Berufsabschlüssen und
- Bildungsmaßnahmen im Strafvollzug.

Zur Qualitätssicherung und -verbesserung von Weiterbildungsangeboten wurden Qualitätsmanagementsysteme eingeführt. Viele dieser Vorhaben wurden durch eine Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ermöglicht.



Ein Schwerpunkt unserer Politik war die mittel- und langfristige Fachkräftesicherung. Sie vernetzt Akteure und Maßnahmen in Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung. Wegen der demografischen Entwicklung und der steigenden Nachfrage nach qualifiziertem Personal ist das Thema in Brandenburg besonders relevant. Das zeigte die 2005 veröffentlichte brandenburgische Fachkräftestudie in aller Deutlichkeit. Wir haben gehandelt:

- Das Maßnahmenpaket zur Fachkräftesicherung hat viele Ziele: die verbesserte Berufs- und Studienorientierung, die Weiterentwicklung der Erstausbildung, eine bedarfsgerechte Qualifizierung von Beschäftigten wie Arbeitslosen, die Förderung der Kompetenzentwicklung in Betrieben, die Unterstützung von Existenzgründungen und die Steigerung der Bildungsbeteiligung.

- An sechs Standorten wurden Regionalbüros für Fachkräftesicherung als Vor-Ort-Struktur geschaffen – in Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam, Schönefeld. Bei ihnen liegt die Bündelung und Aktivierung von regionalen und branchenorientierten Kompetenzen. Sie sichern unter anderem eine hoch qualifizierte Erstberatung für kleine und mittelständische Unternehmen.

- Das in 2006 geschnürte „Brandenburgische Servicepaket für Ansiedlung und Erweiterung“ bietet Investoren ein bestmögliches Angebot im Bereich Fachkräfte. Die Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA), die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit stellen so eine optimale Investorenbetreuung sicher und bieten Serviceleistungen aus einer Hand an.

- 2008 startete das brandenburgische Fachkräfteinformationssystem im Internet. Ziel ist, die Datenlage zur Fachkräftesituation in Brandenburg zu verbessern und mittels quantitativer und qualitativer Angaben Trends und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig erkennbar zu machen. Das Angebot wird beständig aktualisiert und erweitert.

- Mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe und dem Landesarbeitskreis wurden unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) Steuerungsgremien entwickelt, in denen alle Akteure aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wissenschaft und Politik gemeinsam Maßnahmen entwickeln, abstimmen und umsetzen.

Brandenburg ist damit gut auf die zukünftige Fachkräfteentwicklung eingestellt. Kein anderes Bundesland hat ein so umfassendes Bündnis für Fachkräftesicherung aufgebaut. Die Vernetzung mit Akteuren vor Ort ist gelungen. Die Maßnahmen zur Fachkräftesicherung haben zu mehr Beschäftigung, zu Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten für jeden ausbildungswilligen Jugendlichen und zu zusätzlichen Existenzgründungen beigetragen. Die Arbeit geht weiter: Eine gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg wird derzeit erstellt, um die Fachkräftesicherung in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion Berlin-Brandenburg abgestimmt weiterzuführen.

Zur Stärkung besonders leistungs- und entwicklungs-fähiger Standorte und Branchen hat die Landesregierung eine neue Förderstrategie eingeführt. Der damit verbundene Umsteuerungsprozess ist für die Entwicklung Brandenburgs von erheblicher Bedeutung. Die neue regionale und sektorale Prioritätensetzung ist verknüpft mit der Entwicklung einer stärker wissensbasierten Wirtschaft in und für Brandenburg. Die neue Förderstrategie spiegelt sich in den Operationellen Programmen für die europäischen Strukturfonds in der Förderperiode 2007–2013, in vielen Förderprogrammen und -richtlinien des Landes sowie in politischen Konzepten (z. B. Landesinnovationskonzept, Außenwirtschaftskonzept, Ansiedlungsstrategie) wider.

15 Regionale Wachstumskerne statt vereinzelter Leuchttürme

Mit der Festlegung von 15 Regionalen Wachstumskernen (RWK) haben wir die Grundlage für die Stärkung überregionaler Wirtschafts- und Wissenschaftspotenziale im Land geschaffen. Die besondere Förderung der RWK zielt darauf, die wirtschaftsbezogenen Rahmenbedingungen zu optimieren und das

Wirtschaftswachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und eine positive Ausstrahlung auf das Umland zu entfalten.

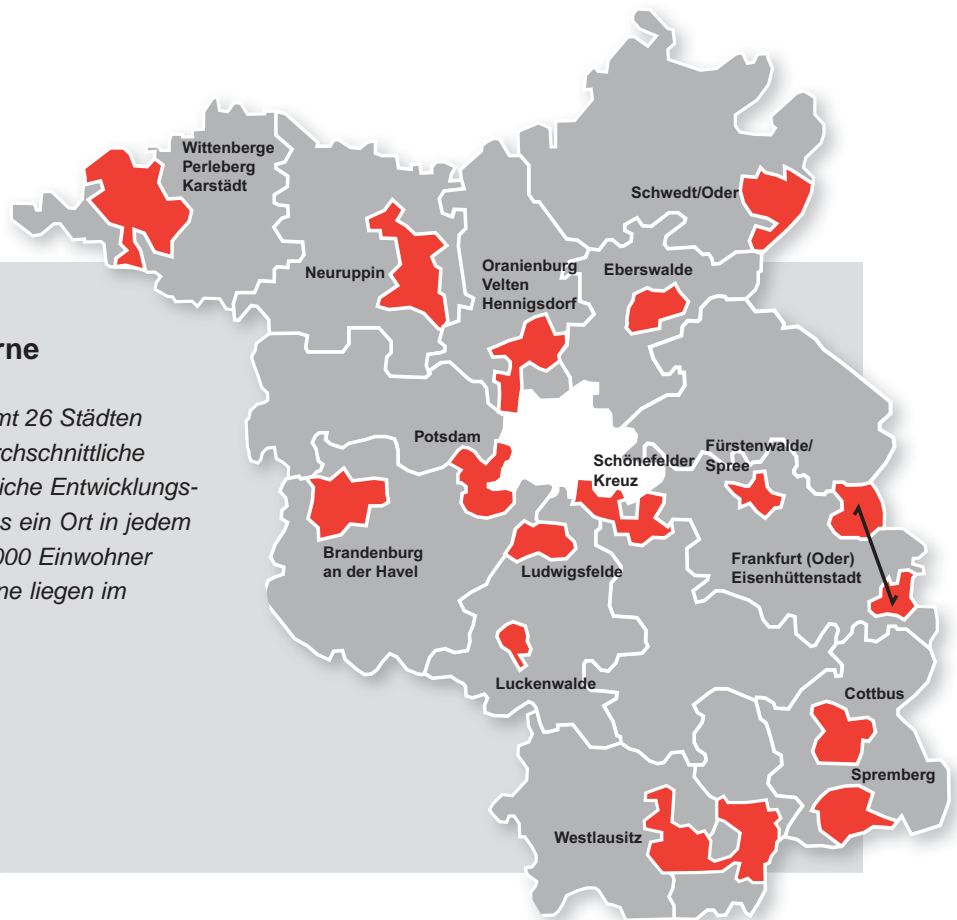
Bei 28 Förderprogrammen und Haushaltsansätzen wurde den RWK Fördervorrang bzw. ein höherer Fördersatz zugesprochen. Die Landesregierung hat bisher 100 von den RWK vorgeschlagenen Maßnahmen eine prioritäre Förderung zuerkannt. Schlüsselmaßnahmen betreffen die Verkehrs- und gewerbliche Infrastruktur; aber auch die Fachkräftesicherung. Weitere Maßnahmen zielen auf den Tourismus, die Innovationsfähigkeit der Branchenkompetenzfelder, die engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Bildungsinvestitionen und die bessere Nutzung der Potenziale der Gesundheitswirtschaft. Die Entwicklung der Wachstumskerne ist ein langfristiger Prozess und braucht mehrjährige Unterstützung. Die Landesregierung wird diese Entwicklung und ihre Effekte prüfen und im Jahr 2010 die Ergebnisse der regionalen Förderpolitik darlegen und bewerten.

Regionale Wachstumskerne

Die RWK bestehen aus insgesamt 26 Städten und Gemeinden, welche überdurchschnittliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Entwicklungspotenziale aufweisen. Mindestens ein Ort in jedem RWK muss zudem mehr als 20.000 Einwohner haben. 10 der 15 Wachstumskerne liegen im äußeren Entwicklungsraum.

 Regionaler Wachstumskern

Quelle: Ministerium für Wirtschaft



Branchenkompetenz wächst mit Vernetzung

Neben der regional ausgerichteten Förderung hat die Landesregierung Fördermittel sektoral auf 16 Branchenkompetenzfelder und eine Querschnittsbranche mit sehr hohen Entwicklungspotenzialen konzentriert. Kriterien für die Ausweisung dieser Zukunftsbranchen waren insbesondere

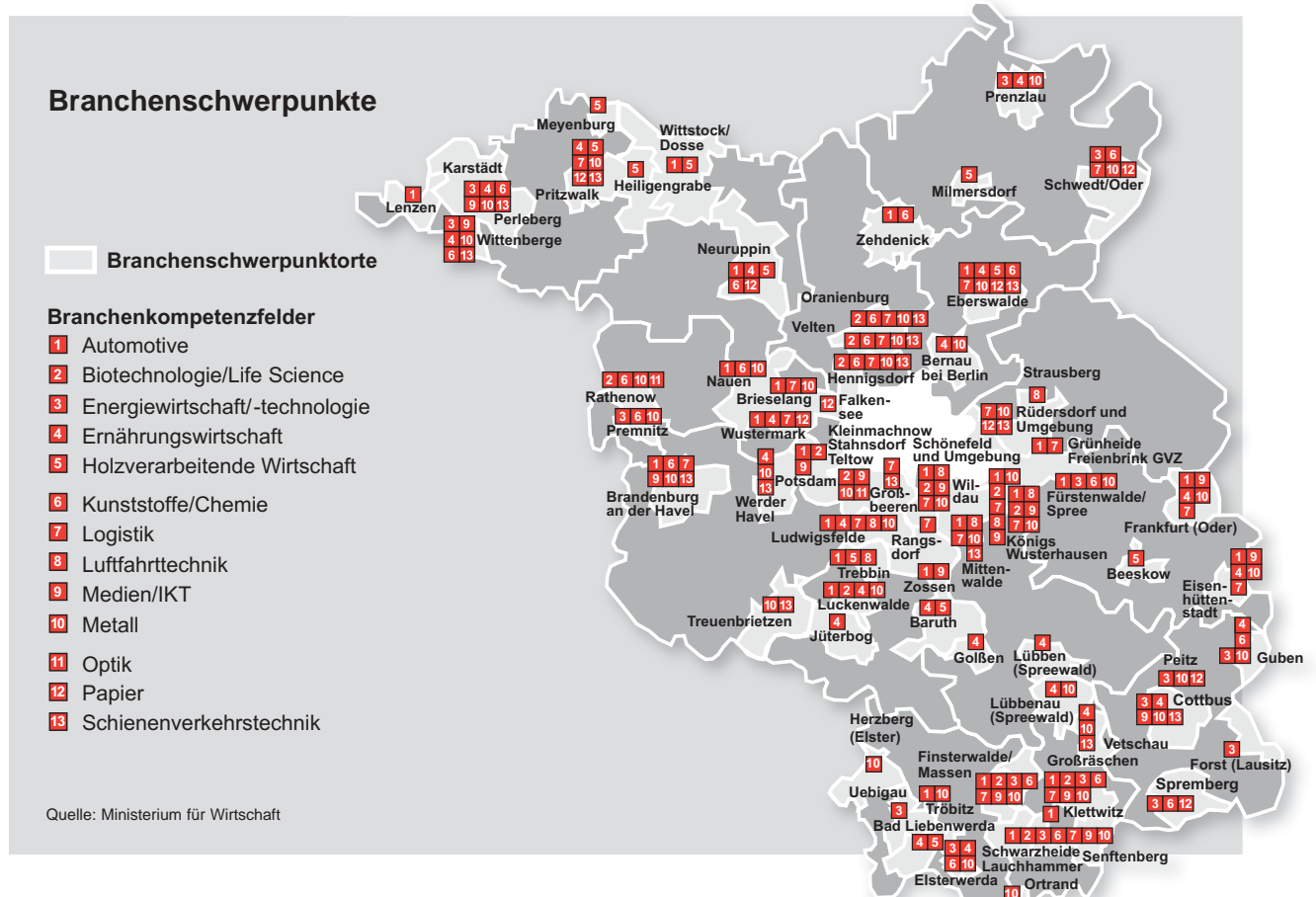
- eine überregionale bzw. internationale Orientierung der Unternehmen;
- die enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen;
- große Bedeutung für die Wertschöpfung im Land;
- gute Wachstumschancen für die Branche und
- die Schaffung und der Erhalt von möglichst vielen Arbeitsplätzen.

Zu jedem Branchenkompetenzfeld wurden diejenigen Standorte ermittelt, an denen sich räumliche Schwerpunkte der jeweiligen Branche herausgebildet haben, die sogenannten Branchenschwerpunktorte. Investi-

tionen in Zukunftsbranchen werden vom Land im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) unterstützt.

Die Landesregierung fördert besonders die Bildung von branchenbezogenen Unternehmensnetzwerken. Von 2005 bis Anfang 2009 wurde die Gründung von 19 überregionalen Branchennetzwerken für die Branchenkompetenzfelder mit rd. 9 Mio. Euro (Gesamtinvestition 13 Mio. Euro) über das Clustermanagement unterstützt. Diese Anschubfinanzierung erfolgte aus Mitteln der GRW. Ergänzend werden sogenannte Impulsnetzwerke gefördert, die zur Verbesserung des Standortumfeldes beitragen. Die Gründung von 28 regionalen Netzwerken wurde über das Impulsprogramm gefördert. Mehr als 150 brandenburgische Unternehmen aus zehn Branchenkompetenzfeldern profitieren von dieser passgenauen und projektorientierten Förderung, deren wichtigstes Ziel es ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – auch für den Export – zu stärken.

Die Erarbeitung von Branchenstrategien für einzelne Branchenkompetenzfelder wurde vom Land intensiv begleitet, die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik wurde durch einen unabhängigen Gutachter evaluiert.



Im Ergebnis wurden beispielsweise die Branchenkompetenzfelder „Energiewirtschaft/Energietechnologie“ und „Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe“ sowie „Medien/Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)“ und „Geoinformationswirtschaft“ zusammengeführt.

Ein leistungsfähiges Straßennetz stärkt die Standortqualität Brandenburgs

Zu den wichtigsten Standortfaktoren zählt ein leistungsfähiges Straßennetz, denn Unternehmen siedeln sich vorzugsweise an den Standorten an, die für Arbeitskräfte, Kunden und Lieferanten gut erreichbar sind. Die bedarfsgerechte Verfügbarkeit und gute Qualität der Verkehrsinfrastruktur sichern maßgeblich den Personen- und Güterverkehr und leisten damit einen Beitrag zur Standort- und Lebensqualität.

Im Land Brandenburg wird der weitaus größte Teil der Güter- und Personenverkehrsleistungen auf der Straße abgewickelt. Das Netz der Bundesfern- und Landesstraßen mit seinen Straßenzügen und Knotenpunkten macht Räume erreichbar und verbindet sie untereinander. Das Straßennetz trägt die Hauptlast des Verkehrs in unserem Land. Deshalb gestalten wir es mittel- und langfristig so, dass die allgemeine Daseinsvorsorge auch unter veränderten Rahmenbedingungen wie der demografischen Entwicklung und der reduzierten Finanzausstattung gesichert wird. Dazu wurde das Straßennetzkonzept, das sogenannte Blaue Netz, auf den Prüfstand gestellt und den aktuellen Anforderungen angepasst. Auf dieser Grundlage wird das Bundes- und Landesstraßennetz in den nächsten Jahren um- und ausgebaut. Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Erhaltung und qualitativen Verbesserung der Befahrbarkeit der vorhandenen Straßen. Neubau und Erweiterung finden nur noch dort statt, wo sich Schwachstellen im Netz nicht durch Um- und Ausbaumaßnahmen beseitigen lassen.

Die Entwicklung der Tourismusbranche in Brandenburg – eine Erfolgsgeschichte von vielen

Brandenburg ist ein Land, in dem andere gern Urlaub machen. Zu unserer Freude kommen Ausflügler und Urlauber in steigendem Maße. Die Entwicklung der Gästezahlen belegt das: Bei den „Ankünften“ gab es von 2004 zu 2008 einen Zuwachs von mehr als 12%, d. h. absolut von 3,3 Mio. Ankünften in 2004 auf 3,7 Mio. Ankünfte in 2008. Immer mehr Gäste schlagen in Brandenburg auch ihr Nachtlager auf: Zwischen 2004 und 2008 stiegen die Übernachtungszahlen von 9,3 Mio. auf 10,2 Mio., das entspricht einem Zuwachs von fast 10%.

Die Landesregierung unterstützte in den letzten Jahren eine stärkere Zusammenarbeit der Anbieter im Tourismusgewerbe und die Bildung von Netzwerken. Im Ergebnis hat das Urlaubsland Brandenburg erfolgreich den Thementourismus mit den Sparten Rad-, Wasser-, Kultur-, Städte- und Naturtourismus aufgebaut. Dafür stehen insbesondere

- die Komplettierung des überregionalen Radwanderwegenetzes;
- der Aufbau von Netzwerken wie „Aktiv in der Natur“ und „Gesundheitstourismus“;



- der Kampagnenstart im Internationalen Tourismus 2007 in Polen, den Beneluxstaaten, Großbritannien und Skandinavien;
- die Weiterfinanzierung der Wasserinitiative Nordbrandenburg WIN und der Lausitzer Seenlandschaft über EFRE-Mittel in der Förderperiode 2007–2013 sowie die Fortschreibung des Wassersportentwicklungsplanes wep 3;
- die Weiterentwicklung der Kampagne „Kulturreisen im Land Brandenburg“ und die Angebote der Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen;
- die Fortschreibung der Landestourismuskonzeption für 2006–2010.

Das Land hat den Tourismus im Zeitraum von 2005 bis 2008 aus Mitteln der GRW-Förderung deutlich gestärkt. Allein der Ausbau der Infrastruktur wurde mit 44,4 Mio. Euro für 75 Vorhaben gefördert. Im Gewerbe konnten

221 Vorhaben mit 97 Mio. Euro finanziell gefördert werden. Hinzu kamen von 2004 bis 2009 Investitionen vorwiegend aus dem Kommunalen Kulturinvestitionsprogramm in Höhe von rd. 37 Mio. Euro. Die Kampagne „Lust auf NaTour“ hat insbesondere dem ländlichen Tourismus einen neuen Schub gegeben. Seit dem Start im Jahr 2002 haben sich die Angebote vervielfacht und die Besucherzahlen sind deutlich gestiegen. Viele Landwirte bieten „Urlaub auf dem Land“ an. Der zunehmende Naturtourismus wirkt sich insofern auch positiv auf die landwirtschaftliche Entwicklung aus.

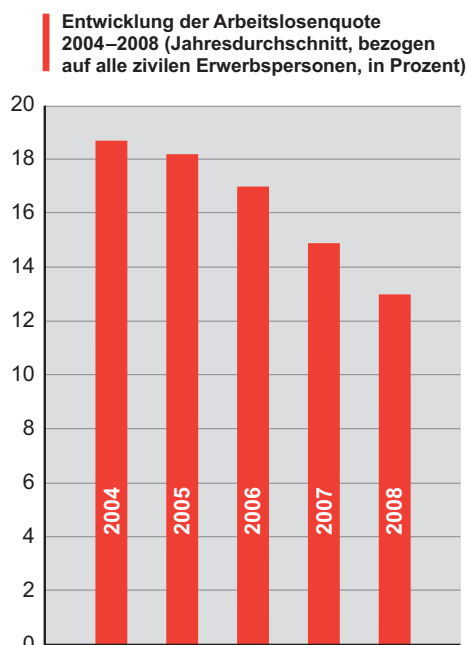
Das ganze Land – ein Garten ... könnte man meinen, wenn man Spaziergänge durch die zahlreichen historischen und neuzeitlichen öffentlichen Park- und Gartenanlagen zwischen Branitz und Sanssouci, durch den Klostergarten Neuzelle, den Lennépark Görlsdorf oder den Burggarten Lenzen unternimmt. Mit den Landesgartenschauen 2006 in Rathenow und 2009 in Oranienburg sind in dieser Legislaturperiode zwei neue große Gärten hinzugekommen.

Der Standort Land Brandenburg – eine gute Wahl

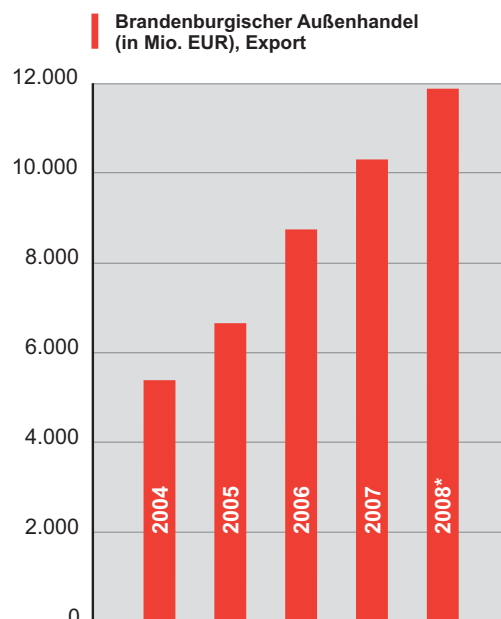
Wirtschaft und Beschäftigung haben sich im Land Brandenburg in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Unsere zielgerichtete Standortentwicklung hat daran einen großen Anteil. Das Land verbuchte in 2007 und 2008 Rekordergebnisse bei geschaffenen Arbeitsplätzen. Von 2004 bis Anfang 2009 wurden 1.780 ge-

werbliche Vorhaben mit einem Zuschuss von 1,2 Mrd. Euro aus Landes-, Bundes- und europäischen Mitteln (EFRE) über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) unterstützt. Damit ist die Schaffung von 16.000 Arbeitsplätzen verbunden. Investitionen im Umfang von 6 Mrd. Euro wurden von der ZAB vorbereitet. Im gleichen Zeitraum wurden 200 Infrastrukturprojekte mit 377 Mio. Euro bezuschusst und Gesamtinvestitionen in Höhe von 563 Mio. Euro „angeschoben“.

Der Außenhandel gehörte in den zurückliegenden Jahren zu den Hauptwachstumsträgern der brandenburgischen Wirtschaft. Die Exporte wiesen beachtliche jährliche Steigerungsraten auf. Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise konnten die Exporte auch 2008 noch einmal um 15,3% gegenüber dem Vorjahr zulegen und mit 11,9 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert erreichen. Diese dynamische Entwicklung ist einerseits auf die anhaltend günstige internationale Konjunktur und andererseits auf die steigende Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Unternehmen und deren zunehmende Verflechtung in die Weltwirtschaft zurückzuführen. Im verarbeitenden Gewerbe wird inzwischen jeder vierte Euro auf den Weltmärkten verdient: Der Umsatz 2008 betrug 20,7 Mrd. Euro, darunter der Auslandsumsatz 5,3 Mrd. Euro. Die brandenburgischen Importe stiegen im Jahr 2008 (vorläufige Zahlen) auf einen Wert von rd. 14 Mrd. Euro und verzeichneten damit einen Zuwachs von rd. 2,5 Mrd. Euro bzw. 21,5%.



Quelle: Bundeagentur für Arbeit



Quelle: AfS Berlin-Brandenburg, * vorläufige Zahlen

Wir haben die Verwaltung stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet und damit den Standort Brandenburg gestärkt. Verwaltungsabläufe sind heute serviceorientierter und kundenfreundlicher gestaltet. Bürokratiekosten der Wirtschaft werden ermittelt und vom Land bei der Gesetzgebung berücksichtigt. Damit werden die Belastungen der Unternehmen durch Informationspflichten verringert. Nur ein Beispiel: Mit der Novellierung des Wassergesetzes hat das Land die Bürokratiekosten für Unternehmen um 17% reduziert.



Brandenburg bildet mit Berlin eine Wirtschaftsregion. Die Wirtschaftsressorts beider Länder und die Wirtschaftsfördergesellschaften ZAB GmbH und Berlin Partner GmbH arbeiten eng zusammen. Die vertraglich vereinbarte Kooperation umfasst u. a. die gemeinsame Investorenwerbung und die gemeinsam entwickelte Businessmarke „The German Capital Region“, gemeinsame Messeauftritte und Außenwirtschaftskonferenzen.

Globalisierung und steigende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit den Weltmärkten lassen die Transportströme überproportional zum Wirtschaftswachstum steigen. Die Region Berlin-Brandenburg hat damit die Chance, durch die Übernahme von Funktionen aus den Seehäfen Wertschöpfung zu generieren. Brandenburg verfügt dafür mit seiner zentralen geografischen Lage, mit kaufkräftiger Nachfrage in der Metropolregion, mit Industrie in den Wachstumskernen und vor allem mit einer sehr leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur über beste Voraussetzungen. Schon jetzt ist unser Land ein Zentrum für logistische Dienstleistungen. In den Güterverkehrszentren rund um Berlin – Großbeeren, Wustermark und Freienbrink – haben 100 Unternehmen bisher ca. 6.800 Arbeitsplätze geschaffen.

Eine Region hebt ab: vom Flughafen Berlin-Brandenburg International

Der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) ist eines der größten Infrastrukturprojekte Ostdeutschlands mit einem Investitionsvolumen von über 2,2 Mrd. Euro. Der BBI ist schon jetzt Standortfaktor ersten Ranges und in vielerlei Hinsicht Motor der Entwicklung für die Hauptstadtregion, für Brandenburg und Berlin gleichermaßen. Auf Initiative der Landesregierung wurde ein Mittelstandskonzept erarbeitet, das für Umsätze und Arbeitsplätze in der Region sorgt. Mit diesem Konzept ist es gelungen 80% der bisher vergebenen Aufträge von regionalen Unternehmen ausführen zu lassen, dies entspricht 62% der bisherigen Auftragssumme. So konnten seit 2006 jeden Tag zwei neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dadurch entwickelt der Flughafen bereits heute eine Sogwirkung bis in die polnischen Wirtschaftsräume Posen, Stettin und Breslau. Am Standort Schönefeld findet alle zwei Jahre die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) statt. Sie ist zugleich Publikumsmagnet und Leistungsschau für die Luft- und Raumfahrtbranche. Brandenburg profitiert als drittgrößter Triebwerksstandort Europas besonders von der ILA. Schon heute ist der BBI ein „Flughafen der guten Nachbarschaft“. Die Landesregierung hat ein „Dialogforum Flughafenentwicklung BBI“ eingesetzt, welches mittlerweile in regionaler Verantwortung dafür arbeitet, dass die Menschen im Umfeld des Flughafens Nutzen aus der Entwicklung ziehen. Gleichzeitig trägt die Landesregierung Sorge, die Belastungen der Anwohner durch den Flugverkehr so gering wie möglich zu halten.



Eine Stärke Brandenburgs ist die Nutzung der natürlichen Energiequellen des Landes. Brandenburg ist einer der größten Energieproduzenten in Deutschland. Die Menschen in unserem Land haben viel Energie, das Alte zu verändern und das Neue zu gestalten. Beides ist unverzichtbar für Wachstum und Beschäftigung im Land. Die Energiebranche schafft zukunftsfeste Arbeitsplätze und sichert den Industriestandort Brandenburg.

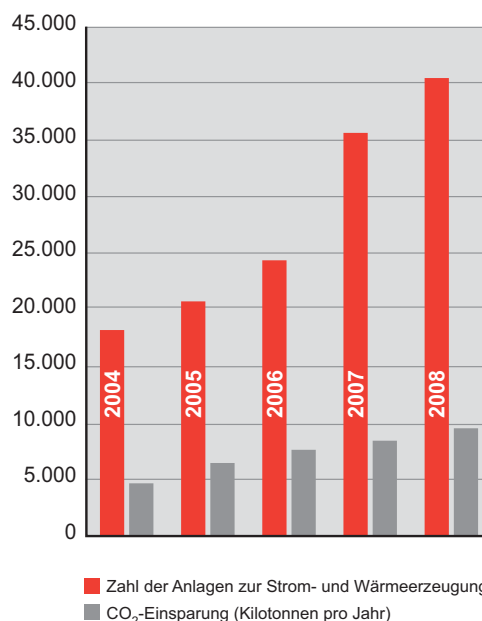
Energiestrategie 2020

In der Energie- und Umweltpolitik haben wir uns der Herausforderung gestellt, den Umweltschutz so mit dem Wirtschaftswachstum zu verbinden, dass auf lange Sicht eine nachhaltige Entwicklung erreicht wird. Dabei war und ist zu berücksichtigen, dass mittlerweile ca. 85% des Umweltrechts auf Bundes- und Landesebene durch europäische Regelungen vorgegeben sind. In der Brandenburger „Energiestrategie 2020“ wurden die aktuellen energie- und umweltpolitischen Ziele für Brandenburg verbindlich festgeschrieben. Die Landesregierung steht für eine Fortsetzung der erfolgreichen Energiepolitik in Verbindung mit ehrgeizigen Zielen für den Umwelt- und Klimaschutz, insbesondere für



- die Senkung des CO₂-Ausstoßes um 40% bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990;
- die Senkung des Endenergieverbrauchs um 13% bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 2004, insbesondere durch Erhöhung der Energieeffizienz;
- die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien von ca. 6% im Basisjahr 2004 auf 20% des Primärenergieverbrauchs bis 2020.

Erneuerbare Energien und Klimaschutz im Land Brandenburg 2004–2008



Quelle: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz/Landesumweltamt Brandenburg

Spitzenreiter bei erneuerbaren Energien

Brandenburg ist zum Vorreiter bei den erneuerbaren Energien in Deutschland geworden. Das hilft der Umwelt, der Wirtschaft und den Menschen! Durchschnittlich werden jährlich ca. 8 Mio. Tonnen CO₂ vermieden. Spitzenreiter innerhalb der erneuerbaren Energien ist und bleibt die Windkraftnutzung. Um die Ausbauziele zu erreichen, soll die installierte Windkraftleistung von derzeit ca. 3.800 MW auf ca. 7.500 MW im Jahr 2020 erhöht werden. Bei der Photovoltaik-Nutzung auf Freiflächen soll die Leistung von derzeit wenigen MW auf 2.750 MW im Jahr 2015 gesteigert werden. Weitere Beiträge sollen die Biomasse, die Geothermie und die Wasserkraft leisten.

Über 5.700 Arbeitsplätze gibt es in verschiedenen Betrieben im Bereich der erneuerbaren Energien. Besonders für die Land- und Forstwirtschaft ist die Energieproduktion ein bedeutsames zusätzliches wirtschaftliches Standbein geworden. Dabei achten wir auf Standards: Die Biomasseproduktion für Energiegewinnung unterliegt in Brandenburg den gleichen Regeln der guten fachlichen Praxis wie die der Nahrungsmittelproduktion.

„Saubere“ Kohle für Brandenburg

Die sicher verfügbare und subventionsfreie Braunkohle bleibt mittelfristig ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiegewinnung und -versorgung in Deutschland und Brandenburg. Aber Energieproduktion aus Braunkohle muss umweltverträglich werden! Wir setzen uns deshalb für Forschung und Entwicklung im Bereich von CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung (CCS-Technologie) ein. Wir streben an, die CCS-Technologie von Brandenburg aus marktfähig zu machen. Unterstützend wirkt in diesem Zusammenhang die Festlegung der EU, einen Teil der Erlöse aus dem EU-Emissionshandel für die Entwicklung und Erprobung der CCS-Technologie zu verwenden. Das ist für Brandenburg von besonderer Bedeutung, da das Land mit den CCS-Pilotvorhaben in Ketzin und in Schwarze Pumpe bereits eine Vorreiterrolle einnimmt.

Der verantwortungsbewusste Umgang mit den Ressourcen im Land schließt auch die Braunkohlesanierung der nicht privatisierten stillgelegten Tagebaue im Land Brandenburg ein. Flächenmäßig handelt es sich um die größte Landschaftsbaustelle Europas. Die Menschen in der Lausitz nehmen großen Anteil an dem Geschehen, das auch Chancen für die Regionalentwicklung bietet. Bund und Land haben bis 2007 rund 3,8 Mrd. Euro für die brandenburgischen Sanierungsbereiche bereitgestellt. Für 2008 bis 2012 stehen etwa 480 Mio. Euro, davon 180 Mio. Euro Landesmittel, für die weitere Sanierung der Tagebaulandschaft bereit. Kernbereich ist das Lausitzer Seenland, das zu einem brandenburgisch-sächsischen Erholungsgebiet mit einmaligem Charakter entwickelt wird. Die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land ist bereits seit Jahren ein Besuchermagnet und schafft Arbeitsplätze.

Wissenschaftliche Lösungen für die regionale Wirtschaft – das Landesinnovationskonzept

Um das in Brandenburg vorhandene Wissenschafts- und Forschungspotenzial mittelfristig noch besser mit der regionalen Wirtschaft zu verbinden, hat die Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode das Landesinnovationskonzept entwickelt. Ziel ist vor allem eine stärkere Orientierung der Forschung an Problemlösungen für die regionale Wirtschaft und die verbesserte Nutzung und Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Wirtschaft. Die Landesregierung arbeitet dazu eng mit der ZAB, der Technologiestiftung Brandenburg, den Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen sowie Vertretern Berlins zusammen.

Forschungskompetenzen nutzen – Klimawandel gestalten

Energie- und Umweltpolitik brauchen Spitzenforschung. Mit der vom MWFK initiierten und unterstützten Forschungsplattform „Forschungskompetenzen nutzen – Klimawandel gestalten“ werden die Kompetenzen von derzeit 20 Berliner und Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen gebündelt und gestärkt. Zum Klimaschutz und zur Energieversorgung betreibt die Plattform eine strategische Vernetzung mit nationalen und internationalen Partnern. Brandenburg soll zu einer Modellregion für klimafreundliche Energieerzeugung und -nutzung werden. In der Energieforschung ist der Forschungsverbund GeoEnergie (GeoEn) beispielhaft. Er wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Zeitraum von 2008 bis 2010 mit 7,5 Mio. Euro gefördert. GeoEn bündelt mit dem Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum, der Universität Potsdam und der BTU Cottbus die wichtigsten Kompetenzen im Bereich der Energieforschung zu Georessourcen. Dabei geht es vorrangig um die CCS-Technologie und Tiefen-Geothermie. Ein weiterer großer Erfolg ist die Ansiedlung des Forschungsinstituts für Klimawandel, Erdsystem und Nachhaltigkeit (Institute für Advanced Sustainability Studies IASS) in der Landeshauptstadt Potsdam. Das IASS ist nicht nur Anerkennung für die bereits in Brandenburg vorhandene Expertise, sondern auch Beleg für die weiter gehenden Anstrengungen der Landesregierung, die globalen Herausforderungen Klima- und Ressourcenschutz anzunehmen.



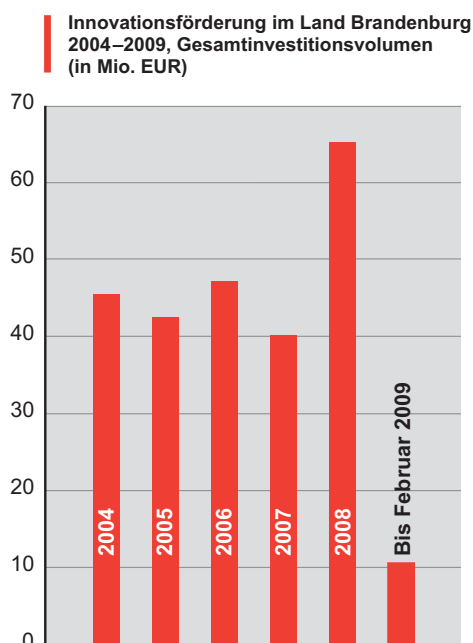
3. Energie und Kreativität für heute und morgen

Das Landesinnovationskonzept beinhaltet sechs Aktionsfelder:

- innovative Branchenkompetenzfelder;
- Technologietransfer;
- innovative Finanzierungsinstrumente;
- innovationsorientierte Ansiedlungsstrategie;
- technologieorientierte Unternehmensgründungen und
- die Zusammenarbeit mit Berlin.
- Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU);
- den wirtschaftsbezogenen Technologietransfer;
- die Gewährung von Mitteln aus dem Innovationsfonds (Darlehen);
- die Förderung der Luftfahrtforschung und nicht zuletzt auf
- die Innovations- und Außenwirtschaftsassistenten in den KMU.

Die Region Berlin-Brandenburg ist längst zu einer Wissenschaftslandschaft und einem Wirtschaftsraum geworden. Das zeigt sich auch in der inhaltlichen Nähe der Kompetenzfelder beider Länder. Die gemeinsame Innovationsstrategie zielt im Wesentlichen auf fünf länderübergreifende Zukunftsfelder: Biotechnologie/ Medizintechnik/Pharma; Energietechnik; Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien; Optik und Verkehrssystemtechnik.

Dafür wurden von 2004 bis Anfang 2009 Mittel in Höhe von 131 Mio. Euro vom Land bereitgestellt. Mit weit über 900 bewilligten Anträgen wurden Gesamtinvestitionen in Höhe von 251 Mio. Euro angeschoben und über 3.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

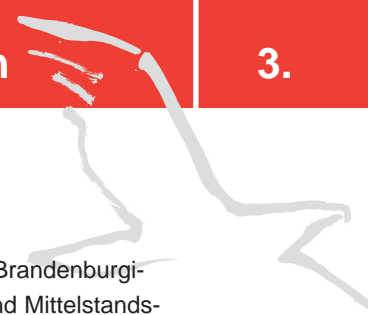


Quelle: Ministerium für Wirtschaft

Die Landesregierung fördert Innovationen in Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie an den Schnittstellen von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Innovationsförderung in der Wirtschaft richtet sich schwerpunktmäßig auf



Ein wichtiges Scharnier zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind die Transferstellen in Brandenburg. Ihr zentrales Anliegen ist die Verbesserung des Technologietransfers. Dafür arbeiten acht Hochschul- und zehn Branchentransferstellen. Allein zwischen Juli 2007 und Juni 2008 haben die Hochschultransferstellen 88 größere Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 14 Mio. Euro mit brandenburgischen Unternehmen initiiert. Branchentransferstellen gibt es für Logistik, Luftfahrt, Ernährung, Kunststoffe, Geoinformationswirtschaft, Energiewirtschaft/ Energietechnologien und Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe, weiterhin für Metallerzeugung, -be- und -verarbeitung/ Mechatronik, Optik, Medien & IKT sowie für Biotechnologie/ Life Sciences. Für die Automotive-Branche ist eine Branchentransferstelle im Aufbau. Schließlich gibt es die regionalen Transferstellen in der Prignitz und in der Lausitz sowie das Transferzentrum Ostbrandenburg in Frankfurt (Oder), das auch den Bereich Mikroelektronik abdeckt.



Wissen – die Ressource von morgen

Forschungsförderung heute schafft und sichert Arbeitsplätze von morgen. Viele Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg haben sich weit über die Landesgrenzen hinaus einen hervorragenden Ruf erworben. Wir haben unsere aus dem „Pakt für Forschung und Innovation“ resultierenden finanziellen Verpflichtungen zur Forschungsförderung trotz schwieriger Haushaltslage verlässlich erfüllt. Zur Forschungsförderung an Hochschulen haben wir die „Forschungsoffensive Brandenburg“ gestartet. Damit werden verschiedene Förderprogramme mit einem Volumen von insgesamt 47 Mio. Euro gebündelt. Ein Schwerpunkt ist die Förderung des Wissens- und Technologietransfers. Beispielgebend dafür ist die „Forschungs- und Innovationsförderung zur Steigerung der Innovationskraft an Brandenburgischen Hochschulen“. Von 2007 bis Mitte 2009 wurden 90 Projekte zur Entwicklung anwendungsbezogener Produkte mit einem Gesamtvolumen von rund 6,3 Mio. Euro gefördert. Aus EFRE-Mitteln haben wir 121 Projekte zur Stärkung anwendungsbezogener Innovationskraft mit einem Volumen von ca. 7,7 Mio. Euro mitfinanziert.

Die Forschungsstärke und die Bedeutung der Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung zeigen sich in den gestiegenen Drittmiteinnahmen der Hochschulen aus der Wirtschaft, die im Zeitraum 2004 bis 2007 um 19 % von 10,7 Mio. Euro auf 12,7 Mio. Euro wuchsen. Die Einnahmen aus der regionalen Wirtschaft stiegen im gleichen Zeitraum sogar um 147 % von 2,8 Mio. Euro auf ca. 7 Mio. Euro. Auf Initiative von Unternehmen, Hochschulen und Kommunen wurden drei Hochschulpräsenzstellen in Pritzwalk, Schwedt (Oder) und Hennigsdorf aufgebaut, die zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort beitragen. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen stärkt die „Haltfaktoren“ im Land und hilft, die Abwanderung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu verringern.

Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik haben die Bedingungen für Existenzgründungen im Land maßgeblich verbessert. Im bundesweiten Regensburger Universitäts-Ranking: „Vom Studenten zum Unternehmer – Welche Universität bietet die besten Chancen?“ waren unsere Hochschulen im vorderen Bereich platziert: die Universität Potsdam auf Platz 2, die BTU Cottbus auf Platz 10. Die Brandenburger Hochschulen beteiligen sich zunehmend und mit Erfolg am Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg. Bei den Existenzgründungen aus der Wissenschaft geht es voran!

In dem in Deutschland einzigartigen „Brandenburgischen Institut für Existenzgründung und Mittelstandsförderung e.V.“ werden die Gründungsaktivitäten aus dem Hochschulbereich gebündelt und abgestimmt. Auch das Gründungsnetzwerk Brandenburg wurde neu aufgestellt. Darin arbeiten alle wichtigen Akteure von der Landesinvestitionsbank bis zur ZAB, von der Bürgschaftsbank Brandenburg bis zur LASA und dem Ministerium für Wirtschaft (MW) zusammen.

Noch eine Erfolgsgeschichte – Kulturland und Medienstandort Brandenburg

Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe werden „weiche“ Standortfaktoren immer wichtiger. Ein hochwertiges und vielgestaltiges Kulturleben gehört unbedingt dazu. Vor allem die „Kreativen“, die in unterschiedlichsten Branchen schöpferisch tätig sind, legen darauf Wert. Kulturpolitik in Brandenburg fußt auf intensiver Zusammenarbeit von Land, Kommunen und freien Trägern und wertet den Standort Brandenburg auf. Große Fortschritte gab es beim Ausbau der kulturellen Infrastruktur, wo Kultur- und Städtebauförderung Hand in Hand arbeiten. Das Archäologische Landesmuseum zog im St. Pauli Kloster in Brandenburg a. d. H. ein.



St. Pauli Kloster in Brandenburg an der Havel

Die Villa Quandt in Potsdam wurde neues Domizil des Theodor-Fontane-Archivs. Für die Kunstsammlungen des Landes wurde das Diesellochwerk in Cottbus hergerichtet. Die Landesregierung setzte auch bei der Förderung von Kunst und Kultur Schwerpunkte und stabilisierte die Kultureinrichtungen. Die Theater im Land haben sich künstlerisch konsolidiert und überregional beachtete Erfolge erzielt. Die Museen haben sich thematisch weiter profiliert. Brandenburg hat ein reiches kulturelles und künstlerisches „Eigenleben“, das sich nicht auf die größeren Städte beschränkt. Kulturelle

Entdeckungen sind überall im Land möglich und lohnenswert, beispielsweise bei vielen Musikfesten und auf den zahlreichen Künstlerhöfen. Das ist nicht zuletzt dem großen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger zu verdanken. Die jährliche Kampagne „Kulturland Brandenburg“ spiegelt zu wechselnden Themen die Potenziale der Kultur im Land, auch in strukturschwachen Räumen.

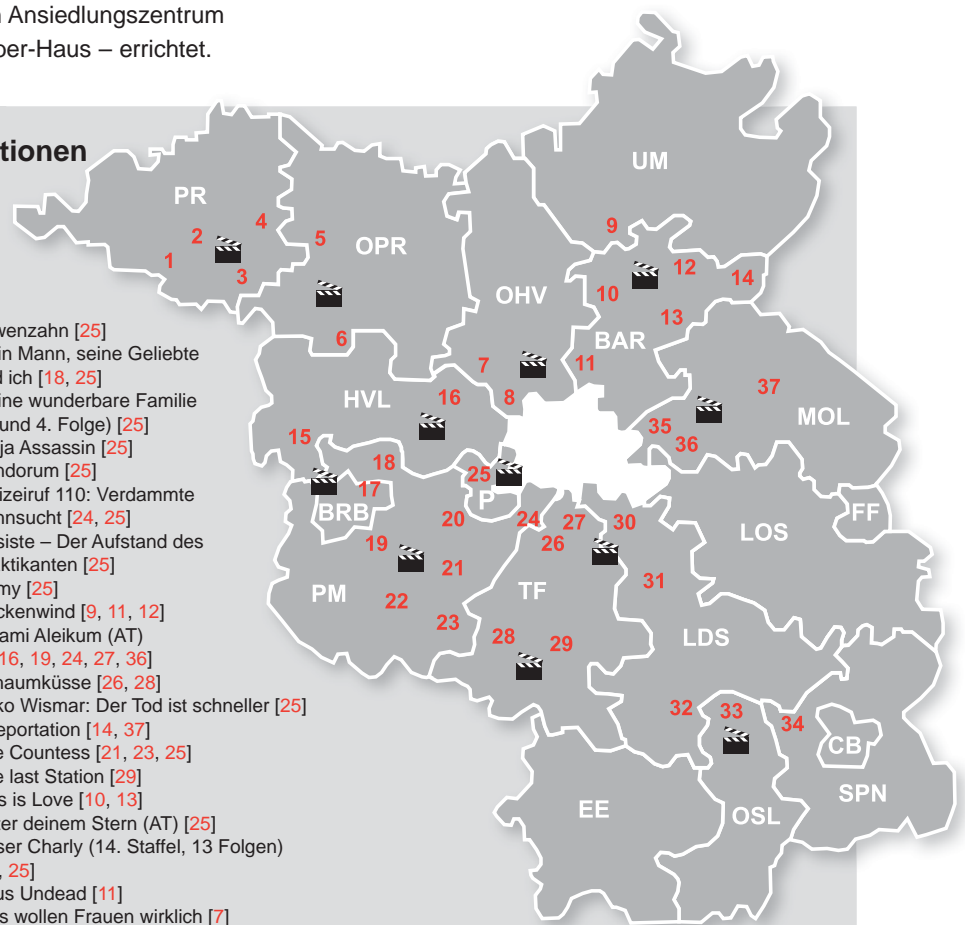
Kulturelles Flair, reizvolle Landschaften, Erfahrung und Tradition verschmelzen zum Genius Loci in Babelsberg. Der traditionsreiche Medienstandort konnte erfolgreich stabilisiert werden – eine Erfolgsgeschichte der besonderen Art. Babelsberg verfügt inzwischen über die größten Filmstudioflächen in Europa. Im Bereich der internationalen Filmproduktionen ist die Studio Babelsberg AG deutschlandweit der Marktführer und leistet einen kaum zu unterschätzenden Beitrag zur internationalen Reputation des Landes Brandenburg. Gleichzeitig ist Potsdam mit der UFA-Gruppe auch Sitz des größten deutschen Fernsehproduzenten. Zum dritten Standbein wurden die „digitalen Medien“ mit den Bereichen Games, Animation, Filmeffekte und Postproduktion. Um dieses Branchenfeld weiter zu stärken, wurde in der Medienstadt Babelsberg neben dem fx-Center ein Ansiedlungszentrum für digitale Medien – das Guido-Seeber-Haus – errichtet.

Der Medienstandort hat nicht nur an Stabilität und Qualität gewonnen, er ist in den letzten Jahren auch kontinuierlich gewachsen: Etwa 150 Unternehmen der Film- und Medienbranche haben sich in Babelsberg angesiedelt. Dazu kommt eine Vielzahl klein- und mittelständischer Dienstleister. Nicht zuletzt ist der Rundfunk Berlin-Brandenburg vor Ort. Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH fungiert als erfolgreicher Vermarkter und Werbeträger. Die Kooperationsbeziehungen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen wie der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ und der Medienwirtschaft wurden ausgebaut und verstetigt. Mit dem Standort Babelsberg konnte die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in den letzten vier Jahren zum Filmstandort Nummer eins in Deutschland entwickelt werden. Von dieser Entwicklung profitieren zunehmend alle Regionen des Landes. In den Jahren 2005 bis 2009 wurden im Land Brandenburg zahlreiche größere Film- und Fernsehproduktionen realisiert. International bekannt und interessant wird der Medienstandort auch durch die Beteiligung an europäischen Netzwerken wie „Capital Cities and Regions for Cinema“ und Veranstaltungen wie dem Festival des Osteuropäischen Films in Cottbus.

Fernseh- und Filmproduktionen in Brandenburg 2008

- | | |
|--|---|
| Abgekocht (AT) [17] | Löwenzahn [25] |
| Anna und die Liebe [25] | Mein Mann, seine Geliebte und ich [18, 25] |
| Barfuß bis zum Hals [27] | Meine wunderbare Familie (3. und 4. Folge) [25] |
| Biester müssen Sterben [25] | Ninja Assassin [25] |
| Crashpoint Berlin [25, 26] | Pandorum [25] |
| Das weiße Band oder die Erzählung des Lehrers [3, 6] | Polizeiruf 110: Verdammte Sehnsucht [24, 25] |
| Der Amokläufer [11, 26, 35] | Resiste – Der Aufstand des Praktikanten [25] |
| Der Vorleser [25, 26, 32] | Romy [25] |
| Die Stunde der Nutria [33, 34] | Rückenwind [9, 11, 12] |
| Die Tür [25] | Salami Aleikum (AT) [8, 16, 19, 24, 27, 36] |
| Ein Jahr in der Fremde [25] | Schaumküsse [26, 28] |
| Ein starkes Team – Geschlechterkrieg [24, 25] | Soko Wismar: Der Tod ist schneller [25] |
| Gangs [25] | Teleportation [14, 37] |
| Grenzgänger [25] | The Countess [21, 23, 25] |
| Gute Zeiten – Schlechte Zeiten [25] | The last Station [29] |
| Helmut Kohl – Der Film [25] | This is Love [10, 13] |
| Hilde [25] | Unter deinem Stern (AT) [25] |
| Hinter dem Paradies [37] | Unser Charly (14. Staffel, 13 Folgen) [24, 25] |
| Hoffnung für Kummerow [5, 24] | Virus Undead [11] |
| Inglorious Basterds [16, 25, 31, 36] | Was wollen Frauen wirklich [7] |
| Jericho [1, 2, 4] | Wege zum Glück [20, 25] |
| Krupp [15] | |
| Ladylike [30] | |
| Lila, lila [22] | |

Quelle: Ministerium für Wirtschaft



Für die Brandenburgerinnen und Brandenburger spielt sich das alltägliche Leben in „ihrer“ Stadt oder Gemeinde ab. Lebensqualität bemisst sich für die Menschen an Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch an bezahlbarem Wohnraum, an einem attraktiven Wohnumfeld, an gepflegten Kulturlandschaften und Naturräumen, am öffentlichen Nahverkehr und an den Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten.

Attraktive Städte durch Erneuerung, Umbau und Entwicklung

Die Landesregierung hat mit dem Masterplan „Starke Städte – Stadtumbau“ folgende Ziele zur Stadtentwicklung formuliert und verfolgt:

- die Folgen des demografischen Wandels abzufedern bzw. zu gestalten,
- die Innenstädte zu stärken und historische Bausubstanz zu erhalten,
- das soziale Miteinander zu unterstützen,
- Städte als Wirtschaftsstandorte und Standorte für Wissen zu unterstützen und
- Wohnungen verstärkt für Familien und ältere Menschen zur Verfügung zu stellen.

Zwischen 2004 und 2008 hat das Land die Stadterneuerung und den Stadtumbau in den Kommunen mit rd. 697 Mio. Euro aus EU-, Bundes- und Landesmitteln gefördert. Mit den kommunalen Eigenanteilen wurde

rd. eine Milliarde Euro in die Erhaltung und den Umbau brandenburgischer Städte investiert. Das hatte neben den städtebaulichen Wirkungen auch beachtliche Arbeitplatzeffekte im kleinteiligen regionalen Handwerk und Baugewerbe. Etwa 28.000 Arbeitsverhältnisse wurden gesichert oder geschaffen. Die Erneuerung von öffentlichen Straßen und Plätzen, die mit der Modernisierung der technischen Infrastruktur in den histori-

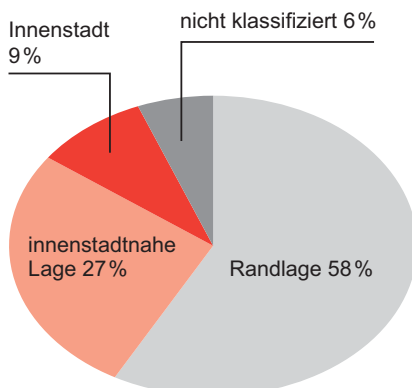


Historischer Stadtkern von Luckau

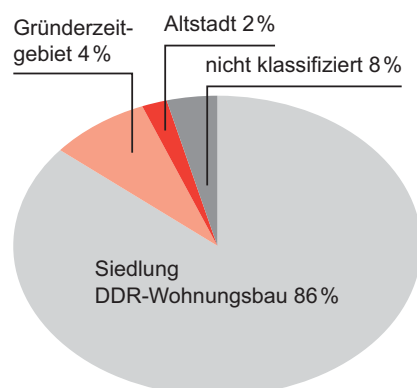
schen Stadtstrukturen einherging, wurde weitgehend abgeschlossen. Neue Aufgaben stellen sich seit 2008 im Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Dazu zählen die energetische Sanierung von Infrastruktureinrichtungen und eine nachhaltige Stadtentwicklung mit verstärkter Orientierung auf die Innenstädte.

Verteilung des Rückbaus 2001–2007 in den Stadtumbaugebieten nach Lage- und Gebietstypen

Lagetyp



Gebietstyp



Quelle: Angaben der Kommunen, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, Stadtumbaumonitoring, 02/2009

Der Umbau der Städte ist eine bleibende Herausforderung angesichts des Bevölkerungsrückgangs und des Wohnungsleerstands. Brandenburg hat sich im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern am stärksten auf die vom Bevölkerungsrückgang und Wohnungsleerstand betroffenen Städte konzentriert. In 33 Städten des Landes wurden bis Ende 2008 rd. 46.000 Wohnungen abgerissen und damit die Voraussetzungen geschaffen, um die Wohnungsmärkte zu stabilisieren und die Innenstädte aufzuwerten. Viele Städte im Land haben dadurch ein neues und schöneres Aussehen bekommen. Beispielhaft ist die Sanierung des Flächendenkmals „Eisenhüttenstädter Innenstadt“ mit fast 10 Mio. Euro – sie führte zur Erneuerung und Stärkung eines ganzen Stadtteils. Wir haben das Ziel, insbesondere in den Innenstädten Wohnungen zur Verfügung zu stellen und die Stadtzentren damit zu stabilisieren. Unsere Politik zum Stadtumbau und zur Stadtentwicklung zeigt Wirkung: Erstmals seit vielen Jahren steigen die Einwohnerzahlen in den Stadtzentren wieder an. Bei familiengerechten und barrierefreien Wohnungen besteht in vielen Gemeinden noch immer Nachholbedarf.

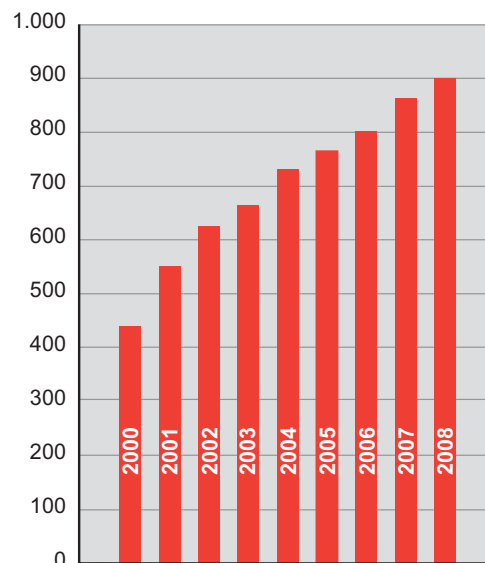
Ländliche Räume haben Zukunft in Brandenburg

Das Erscheinungsbild Brandenburgs wird geprägt von den ländlichen Räumen – in ihrer Schönheit und in ihrer Produktivität mit Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei. Wir haben in den vergangenen Jahren die Lebensbedingungen und die wirtschaftlichen Perspektiven für die Menschen in den ländlichen Gebieten Brandenburgs gesichert und verbessert. Keine Region im Land wird abgehängt! Aus den Agrarhaushalten der EU, des Bundes und des Landes wurden für die Entwicklung ländlicher Regionen weiterhin Mittel zur Selbsthilfe zur Verfügung gestellt. Über die Vergabe wurde und wird vor Ort entschieden. Die

Landesregierung sorgt nicht nur für funktionierende ländliche Räume, sondern übernimmt auch politische Verantwortung, damit junge Menschen auf dem Land leben, arbeiten und Familien gründen können. Deshalb unterstützen wir die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt der Infrastruktur und die sozialen Strukturen in ihrer ganzen Vielfalt mit Sportverein, Freiwilliger Feuerwehr, Seniorentreff, Frauen- und Landjugend, Fahrbibliothek.

Die Stabilisierung der Landwirtschaft ist gelungen. Die Investitionsförderung für die Land- und Forstwirtschaft, den Gartenbau und die Fischereiwirtschaft bleibt in die Gesamtförderstrategie des Landes eingebunden. Dabei geht es uns vor allem darum, Arbeitsplätze zu erhalten und neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu

Anzahl der Betriebe des ökologischen Landbaus in Brandenburg (einschließlich Betrieben der Verarbeitung und des Handels)



Quelle: InVeKoS, Kontrollstellen

schaffen. Die Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Marktfähigkeit der Betriebe hat Priorität. Leistungsfähige Unternehmen bilden das Rückgrat des ländlichen Raumes, denn über die originäre Wertschöpfung hinaus sind die ländlichen Regionen aufgrund von Zuliefer- und Abnehmerverflechtungen, insbesondere für Tourismus, Ernährungswirtschaft, Energiewirtschaft (z. B. Biomasse, Biokraftstoffe) und Bauwirtschaft, bedeutsam. Die verschiedenartigen Betriebsformen in der Landwirtschaft vom bäuerlichen Familienbetrieb über die Mehrfamilienbetriebe bis hin zu großen Agrarunternehmen werden von der Landesregierung als gleichberechtigt angesehen. Die Landesregierung wird sich im Interesse der wirtschaftlichen



Überlebensfähigkeit der Brandenburger Agrar- und Forstwirtschaft und unserer ländlichen Räume insgesamt für eine faire Privatisierungspolitik des Bundes einsetzen.

Natur und Landschaft brauchen Schutz und Pflege

Mit der Größe ihrer Waldflächen steht die Region Berlin-Brandenburg an vierter Stelle in Deutschland. Das Land schützt den Wald in seiner ökologischen Funktion und setzt den Waldumbau als Antwort auf den Klimawandel zielgerichtet fort. In diesem Rahmen erfolgt die nachhaltige Holznutzung in Brandenburg. Der Einsatz von heimischem Holz als Bau- und Werkstoff erhält und schafft Arbeitsplätze, insbesondere im ländlichen Raum. Die Landesregierung bekennt sich zur Verwendung von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung und strebt an, durch holzbetonte öffentliche Bauten beispielgebend zu wirken.



Die Großschutzgebiete Brandenburgs – elf Naturparks, drei Biosphärenreservate und der Nationalpark Unteres Odertal – nehmen ein Drittel der Fläche Brandenburgs ein und repräsentieren alle Lebensräume und Landschaften Brandenburgs. Sie sind zu einem Markenzeichen des Landes geworden, weil es in den vergangenen Jahren gelungen ist, diese Gebiete über ihre ursprüngliche Bestimmung im Natur-, Arten- und Landschaftsschutz hinaus weiterzuentwickeln. Heute stehen sie beispielhaft für die gelungene Verbindung von Natur, Tourismus und regionaler Wirtschaftsentwicklung. Der Anteil des ökologischen Landbaus liegt in den Großschutzgebieten mit rund 16% weit über dem Landesdurchschnitt Brandenburgs. Im Biosphärenreservat Spreewald, Deutschlands Öko-Anbauregion Nr. 1, werden nahezu drei Viertel der Landwirtschaftsfläche ökologisch bestellt. Mit dem „regionalen Herkunftszeichen“ können Anbieter von

umweltgerechten Produkten und Dienstleistungen aus den Großschutzgebieten für ihre Produkte werben.

Die Landesregierung hat auch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen zum nachhaltigen Schutz der Menschen und ihres Eigentums vor Hochwasser durchgeführt. Der Abschluss der Deichsanierung an Elbe und Oder ist absehbar. Bundesweit beispielhaft ist die Vereinbarung zum länderübergreifenden Schutz im Flutfall an der Elbe mit den Havelpoldern in Brandenburg. Retentionsflächen und regelmäßig geflutete Polder wie im Nationalpark Unteres Odertal geben den Flüssen mehr Raum und bilden wertvolle Naturschutzflächen.

Landschaftliche Schönheit, Nähe zur Natur, Ruhe und Weite machen die ländlichen Räume in Brandenburg für viele Menschen zum bevorzugten Wohnsitz oder Urlaubsort. Die Landespolitik trägt dazu bei, die spezifische Lebensqualität im ländlichen Raum zu bewahren und auszugestalten. Deshalb setzen wir uns für eine „Freie Heide“ und einen „Freien Himmel“ im Norden des Landes ein und tun alles dafür, den Luft-Boden-Schießplatz auf dem Truppenübungsplatz Kyritz-Ruppiner Heide zu verhindern. Wir wissen nur zu gut, wie aufwendig die Überführung ehemals militärisch genutzter Flächen in eine zivile Nutzung ist. Die Landesregierung hat von Oktober 2004 bis zum 31. März 2009 55 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 30 Mio. Euro zur Verbesserung der Umweltbedingungen und im wirtschaftsnahen Infrastrukturbereich in Angriff genommen und die Konversion damit ein weiteres Mal in den Dienst des allgemeinen Strukturwandels in Brandenburg gestellt. An neuen Ideen mangelt es nicht. Künftig sollen Konversionsflächen auch für die Erzeugung von erneuerbarer Energie, insbesondere im Solarbereich, nutzbar gemacht werden.

Nachhaltige Mobilität in allen Landesteilen

Ziel der Verkehrspolitik in und für Brandenburg ist es, nachhaltige Mobilität der Bevölkerung und der Wirtschaft zu sichern. Verkehrsmobilität ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen und Voraussetzung für die Bürgerinnen und Bürger, ihre persönlichen Ziele im Berufs- und Privatleben zu verwirklichen. Einwohnerentwicklung und Altersstruktur, neue Raumstruktur und Förderpolitik, Umweltaforderungen und Klimaschutz kennzeichnen die Herausforderungen für eine ausgewogene zukunftsfähige Verkehrspolitik. Konkret heißt das: In den letzten Jahren haben u. a. steigende Energiekosten, Mittelkürzungen des Bundes, mehr Wettbewerb sowie eine

Mach mit – bleib fit. Sportland Brandenburg

Brandenburg ist traditionell ein Land des Sports. Die Strukturen des Leistungssports wurden in den letzten Jahren effizienter gestaltet, z. B. mit der Fusion der Olympiastützpunkte 2008. Auf die Leistungen der brandenburgischen Sportlerinnen und Sportler können wir stolz sein: Bei den Olympischen Spielen in Peking 2008 waren 15 unserer Sportlerinnen und Sportler an rund einem Viertel aller deutschen Olympiamedaillen beteiligt. Ein sehr guter Schnitt! Der Erfolg beruht nicht zuletzt auf den im Land besonders geförderten Schule-Leistungssport-Verbundsystemen. 67% aller brandenburgischen Medaillengewinner sind ehemalige Schüler der Spezialschulen für Sport in unserem Land. Mindestens ebenso wichtig ist der Breitensport. Der Landessportbund hatte 2008 erstmals über 300.000 Mitglieder, organisiert in etwa 3.000 Sportvereinen. Das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen wächst. Der Ausbau der Sportstätten im Land geht voran. Die Fördermittel aus dem „Goldenen Plan Ost“ wurden in Brandenburg in der Breite, nämlich für viele kleinere vereinseigene bzw. gepachtete Sportanlagen verwendet. Von 1999 bis einschließlich 2008 wurden auf diesem Weg insgesamt 208 Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 55 Mio. Euro gefördert, wobei Bund und Land jeweils ca. 12 Mio. Euro und die Vereine ca. 30 Mio. Euro einbrachten. Aktuell werden aus dem Konjunkturprogramm II 18,5 Mio. Euro für überregional bedeutende Sportanlagen und 28 Mio. Euro für Schulsportprojekte verwendet. Damit es auch in Zukunft heißen kann: Sport frei!



Reform des Gesetzes zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs geprägt. Wir haben auf die sich verändernden Rahmenbedingungen im Verkehrsbereich erfolgreich reagiert. Eine zukunftsfähige Lösung im Nahverkehrsbereich haben Berlin und Brandenburg bereits vor zehn Jahren aus der Taufe gehoben – den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, der sich seit seiner Gründung 1999 zum größten und erfolgreichsten Verkehrsverbund Europas entwickelt hat.

Im Jahre 2007 wurde das ÖPNV-Gesetz novelliert. Danach stehen den Kreisen und kreisfreien Städten seit 2008 jährlich insgesamt 83 Mio. Euro für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Verfügung. Ihre Verantwortung als Träger des ÖPNV wird damit wesentlich gestärkt. Brandenburg ist mit diesen Rahmensetzungen weiterhin Vorreiter in Deutschland. Den Landesnahverkehrsplan 2008–2012 haben wir Anfang 2008 auf den Weg gebracht und seitdem kontinuierlich umgesetzt. Zur Gewährleistung bezahlbarer Mobilität insbesondere im ländlichen Raum wurden 2008 das sogenannte Mobilitätsticket sowie 2009 das Senienticket im gesamten Verkehrsverbund eingeführt. Die Verbesserungen beim Schülerticket dienen einer familienfreundlicheren Gestaltung des ÖPNV. Die Förderung flexibler Bedienangebote (Bürgerbusse, Anruftaxi) hilft Mobilität sichern.

Das Land unterstützt durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln den Aus- bzw. Neubau und die Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur (Bahnhöfe, Strecken) mit dem Ziel, das 2.214 km (Stand 2007) umfassende Netz des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) als grundlegende Raumerschließungskomponente im Land leistungsfähig zu gestalten. Seit der Regionalisierung des SPNV im Jahre 1996 sind die Fahrgastzahlen im Regionalverkehr (ohne S-Bahn) stetig angestiegen. Die Inbetriebnahme des Nord-Süd-Tunnels in Berlin hat neben deutlichen Reisezeitverkürzungen auch mehr Fahrgäste für die Schiene gewonnen.

Familien und Kinder haben Vorrang!

Die Landesregierung will Brandenburg zu einer der familienfreundlichsten Regionen in Europa entwickeln. Dazu haben wir ein familienpolitisches Programm und ein Maßnahmenpaket aufgelegt. Heute steht Brandenburg beim Angebot „Lokale Bündnisse für Familie“ im Vergleich der neuen Bundesländer an der Spitze. Bei den Vätermonaten der Elternzeit erreicht Brandenburg bundesweit den 3. Platz. Die Einzugsgebiete der Netz-



Anschubfinanzierung unterstützt. Gab es zu Beginn der Legislaturperiode nur zwei dieser Bündnisse, so sind es heute 40. Weitere sind in Gründung. Initiiert und getragen werden sie vor allem von Vereinen, Schulen, Bürgerinitiativen wie auch von rund 160 Unternehmen. Die Kommunen gewähren in vielen Fällen Unterstützung. So entstehen auf lokaler Ebene kleinteilige informelle Netzwerke zur Unterstützung von Familien und Kindern vor Ort. Fragen der Kinderbetreuung, Verkehrssicherheit, kinderfreundlichen Stadtteilgestaltung und mehr können mit dem Engagement der Bündnispartner oft schnell und unbürokratisch gelöst werden. Die Bündnisse für Familien bieten das kinder- und familienpolitische „Dach“ für weitere Netzwerke und Einrichtungen, wie die Netzwerke Gesunde Kinder, die Eltern-Kind-Zentren und die Mehrgenerationenhäuser.

werke Gesunde Kinder decken derzeit etwa Dreiviertel der Fläche des Landes ab. In keinem anderen Bundesland ist ein vergleichbarer Verbreitungsgrad gelungen. Die Landesregierung orientiert sich in ihrer Politik mehr denn je an den Bedürfnissen von Familien und Kindern in allen Landesteilen. Die soziale Situation der Familien mit Kindern und Handlungsfelder aus familienpolitischer Sicht sind im Bericht des MASGF „Lebenslagen in Brandenburg“ dargestellt.

Eine der wichtigsten und erfolgreichsten familienpolitischen Maßnahmen ist der Aufbau von „Lokalen Bündnissen für Familie“, welche das Land mit einer

Ein weiterer Schwerpunkt war die Einführung neuer Strukturen und Instrumente zur Familienbildung. Brandenburg hat seit Juni 2006 insgesamt 14 pädagogisch ausgerichtete Eltern-Kind-Zentren in 11 Landkreisen eingerichtet. Parallel und ergänzend wurde eine überregionale Beratungs-, Informations- und Kommunikationsstelle eingerichtet. Große und wachsende Nachfrage gibt es nach Angeboten wie den Elternbriefen, dem Ratgeber für Familien und der bundesweit einzigartigen Familienbildungsmesse, die seit 2005 jährlich durchgeführt wird.



Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Von einer familienbewussten Arbeitswelt profitieren nicht nur Eltern, Kinder und Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen, sondern auch die Unternehmen und letztlich die Gesellschaft als Ganzes. Wir haben die Entwicklung familiengerechter und familienfreundlicher Strukturen und Angebote in Brandenburger Unternehmen und Einrichtungen unterstützt. Gefördert wurde unter Verwendung von ESF-Mitteln die Auditierung von klein- und mittelständischen Unternehmen und nicht erwerbswirtschaftlichen Einrichtungen. Zwischen 2006 und 2009 wurden insgesamt 24 von ihnen im Land Brandenburg auditiert; sie treten als Multiplikatoren für familienbewusste Unternehmenspolitik auf. Darüber hinaus hat das Land eine Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ als Modellprojekt eingerichtet. Mit Informations- und Beratungsangeboten sollen die oft konfliktbehafteten Übergänge zwischen Beschäftigung und Schwangerschafts- bzw. Familienphase für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen geebnet werden. Durch das gemeinsam mit dem Nationalen Normenkontrollrat und der Bundesregierung begonnene Projekt „Einfacher zum Elterngeld“ sollen bürokratische Hürden abgebaut werden. Im Rahmen der „Pflegeinitiative Brandenburg“ wurden für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wichtige Impulse gegeben.

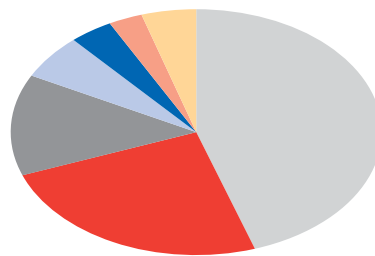


Balance zwischen den Generationen

Bereits jetzt ist jeder fünfte Brandenburger 65 Jahre oder älter; im Jahr 2030 wird es jeder dritte sein. Familienpolitik in Brandenburg hat deshalb auch Chancen und Risiken des Alterungsprozesses im Blick. Die Landesregierung beschloss im Januar 2007 Leitlinien zur Seniorenpolitik im Sinne einer „Politik des

aktiven Alterns“. Wichtigstes Ziel ist, die Eigen- und Mitverantwortung älterer Menschen zu stärken und ihnen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Dazu haben Politik und Verwaltung,

Stellen im Jugendbereich 2009



- Offene Jugendarbeit (320)
- Sozialarbeit an Schulen (174)
- Jugendkoordination (95)
- Streetwork (42)
- Jugendsozialarbeit/Jugendberatung (27)
- Jugendarbeit im Sport/Jugendverbandsarbeit (21)
- Sonstiges (Jugendkulturarbeit, Mädchenarbeit, Medien, Jugendschutz [34])

Quelle: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Kommunen und Wirtschaft, Seniorenvertretungen und Wohlfahrtsverbände Konzepte und Maßnahmen wie die konzeptionelle Neuausrichtung der Altenbetreuung und Pflege entwickelt. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ hat dabei für uns Bestand. Das Miteinander der Generationen spiegelt sich in zahlreichen Bildungsangeboten für Senioren wider, die nicht selten Jung und Alt zusammenbringen, zum Beispiel in den Hochschulen des Landes. Zugleich leisten viele Ältere einen beachtlichen Beitrag zur Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche.

Politik für die Jugend hat mit der Alterung der Gesellschaft nicht an Bedeutung verloren, sondern gewonnen. Besondere Herausforderungen an die Jugend- und Jugendsozialarbeit ergeben sich aus der Entwicklung der ländlichen Räume in Brandenburg. Wir sichern im Bündnis mit den Kreisen und kreisfreien Städten eine flächendeckende bedarfsgerechte Jugend- und Jugendsozialarbeit und beteiligen uns dazu an der Personalausstattung der Kommunen mit entsprechenden sozialpädagogischen Fachkräften. Aktuell sind im Land über 700 Beschäftigungsverhältnisse langfristig gesichert. Die Professionalisierung der Fachkräfte und die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Jugendarbeit wurden unterstützt. Jugendarbeit gelingt dort, wo die Akteure mit dem sozialen und kulturellen Umfeld vernetzt sind. Wichtigster Kooperationspartner sind dabei die Schulen. Knapp 75 % der geförderten Fachkräfte geben an, dass sie mit den Schulen in ihrer Region zusammenarbeiten.

Wenn wir heute, im Jubiläumsjahr 2009, auf das Geschehen vor zwei Jahrzehnten zurückschauen, dann erinnern wir uns an Montagsdemonstrationen und Mauerfall, aber auch an die Entwicklungen und Ereignisse in der damaligen Sowjetunion, in Polen und Ungarn. 1989 ist nicht nur die Mauer als innerdeutsche Grenze gefallen, sondern zugleich auch der Eiserner Vorhang, der Europa teilte. Die junge Generation, die seit dem Mauerfall in Brandenburg aufgewachsen ist, kennt Brandenburg nur als Region in einem vielgestaltigen und auf Zusammenarbeit gründenden Europa.

turförderung im Land Brandenburg. Mit der Verleihung von Europa-Urkunden im Rahmen der jährlichen Europawoche ehrt der Ministerpräsident die Verdienste aktiver „Brandenburgischer Europäer“.

Damit Europa nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Brandenburgerinnen und Brandenburger ankommt, braucht es vor allem das unmittelbare und individuelle Erleben von Europa, von europäischer Nachbarschaft und Partnerschaft. Das ermöglichen vielfältigste Städte- und Schulpartnerschaften sowie Begegnungen von Brandenburger Jugendlichen mit



Stadtbrücke in Frankfurt (Oder)

Europa im Blick

Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union war und ist für die Landespolitik und die Entwicklung Brandenburgs von großer Bedeutung. Das gilt auch in dieser Legislaturperiode in besonderer Weise für die Fördermittel aus den EU-Fonds, die vielerorts im Land für unterschiedlichste Vorhaben verwendet werden. Folgenreich sind jedoch ebenso die Auswirkungen des EU-Rechts auf die Landesgesetzgebung, die Einbindung und Mitarbeit in EU-Gremien wie dem Ausschuss der Regionen und die vielfältigen internationalen Kontakte Brandenburgs. Wir haben diesen hohen Stellenwert Europas für Brandenburg offensiver und deutlicher als früher kommuniziert. Mit zahlreichen Aktivitäten wird Europa verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerufen. Im Rahmen des Projektes „Europa im Blick“ beispielsweise erklären Politologen und Verwaltungswissenschaftler in den Schulen die EU-Strukturen und informieren über die positiven Auswirkungen der Struk-

Gleichaltrigen aus Ost und West. Von besonderer Bedeutung sind grenzüberschreitende Projekte. Beispielgebend ist die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Sie trägt seit Langem mit Engagement und Erfolg zur Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen, zum Austausch mit Mitteleuropa und zur Förderung eines gesamteuropäischen Bewusstseins bei.

Strukturentwicklung mithilfe der Europäischen Union

Die Landesregierung nutzt die Zugehörigkeit zur EU und insbesondere die Strukturfonds, um die Modernisierung des Landes auf unterschiedlichsten Feldern voranzutreiben. Das belegen die für die Europäischen Fonds entwickelten Operationellen Programme. In den Verhandlungen mit den europäischen Institutionen haben wir gemeinsam mit anderen Regionen und dem Bund erreicht, dass trotz der Erweiterung der Union auch für die neue Förderperiode 2007–2013 wiederum über drei Mrd. Euro für das Land Brandenburg zur Verfügung stehen.

5. Unser Land – eine Region in Europa

Strukturentwicklung mithilfe der EU kennt viele Beispiele:

Mit EFRE-Mitteln wurden die Erweiterung der ORAFOL Europe GmbH in Oranienburg, Ansiedlungen der Solarindustrie wie der Odersun AG in Frankfurt (Oder), Forschungseinrichtungen wie das Institut für Halbleiterphysik in Frankfurt (Oder) oder das Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik in Potsdam-Golm, Kultureinrichtungen wie das Dieselmotorenwerk in Cottbus, Infrastrukturen wie die Elbebrücke von Mühlberg gefördert.

Erhebliche EFRE-Mittel sind in den Aufbau und Betrieb einer Geodateninfrastruktur für die Hauptstadtregion geflossen. Deren Ziel ist die Onlinebereitstellung von Geodaten und Geodatendiensten. Nutznießer sind neben der Politik und Verwaltung die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger.

Das Land hat in großem Umfang EU-Mittel für Wissenschaft, Forschung, Wissens- und Technologietransfer eingesetzt. Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen wurden außerdem dabei unterstützt, sich an europäischen und internationalen Forschungsprojekten zu beteiligen. Die Einwerbung von Drittmitteln aus der EU belegt den Erfolg der Arbeit: Im Zeitraum von Anfang 2002 bis Anfang 2008 waren Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen an insgesamt 258 EU-Projekten beteiligt, teilweise federführend. Allein aus dem abgeschlossenen sechsten und laufenden siebenten Forschungsrahmenprogramm konnten rd. 71 Mio. Euro eingeworben werden.

Der ESF ist die finanzielle Ressource für das Arbeitspolitische Programm Brandenburg zur Förderung der Humanressourcen. Die Landesregierung hilft damit den Kreisen und kreisfreien Städten bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und unterstützt die Unternehmen bei der Fachkräftesicherung. Anfang 2009

wurde aus ESF-Mitteln ein neues Förderprogramm für Kulturschaffende und Künstler aufgelegt. Es soll Künstlerinnen und Künstlern ermöglichen, ihre Talente und Fähigkeiten breiter einzusetzen, beispielsweise indem sie sich selbstständig machen oder neue Produkte oder Dienstleistungen entwickeln. Darüber hinaus wird die Qualifizierung von Angestellten in Kulturbereichen gefördert, die Nutzung kultureller Ressourcen für den Tourismus unterstützt und die Wettbewerbsfähigkeit von Kultureinrichtungen gestärkt.

Im Bildungsbereich dienen ESF-Mittel beispielsweise zur Unterstützung

- integrierter Projekte von Jugendhilfe und Schule für konsequent schulverweigernde Jugendliche;
- berufspädagogischer Jugendhilfeprojekte (Arbeits- trainingsprogramme, Produktionsschulen und Jugendwerkstätten);
- von Qualifizierungsmaßnahmen für sozialpädagogische Fachkräfte, angrenzende Berufe und Lehrkräfte des Freiwilligen Sozialen Jahres mit dem Ziel, Berufsorientierungsangebote zwischen Schulabschluss und Beginn einer Ausbildung, eines Studiums zu unterbreiten.

Die Gestaltung des demografischen Wandels gehört zu den zentralen Herausforderungen, denen sich neben Brandenburg viele andere Regionen in Europa stellen müssen. Gemeinsam mit Sachsen hat Brandenburg 2006 das Brüsseler „Netzwerk der vom demografischen Wandel betroffenen europäischen Regionen“ ins Leben gerufen. Derzeit sind 49 EU-Regionen eingebunden. Wichtigstes Ziel des Netzwerkes ist es, die bisher ausschließlich wachstumsorientierte EU-Politik um eine Demografie-Komponente zu ergänzen.

EU-Fördermittel (in Mio. EUR)		
	2000–2006	2007–2013
EFRE	1.750	1.499
ESF	756	620
EAGFL-A/ELER	766	1.063
Grenzübergreifende Zusammenarbeit	140	108
Gesamt	3.412	3.290

EU-Fördermittel 2000–2006: Im EFRE sind die Mittel für URBAN II, im EAGFL-A die Mittel für Leader+ enthalten
 EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
 ESF: Europäischer Sozialfonds
 EAGFL-A: Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (bis Ende 2006)
 ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Quelle: Staatskanzlei

Partnerland in Mittellage

Die Landesregierung hat in der vierten Legislaturperiode die Mittellage Brandenburgs in Europa genutzt, um die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern und zur übrigen westlichen Welt konsequent auszubauen. Gemeinsam mit Berlin haben wir die Vorstellung von einer europäischen Metropolregion Berlin-Brandenburg in ihren internationalen Bezügen entwickelt. Dabei hat die trilaterale Zusammenarbeit mit Regionen in Frankreich und Polen, unserem wichtigsten Partner, große Bedeutung für die Einbindung Brandenburgs in gesamteuropäische Zusammenhänge. Der stetig wachsende Außenhandel Brandenburgs ist das Ergebnis intensiver politischer und wirtschaftlicher Bemühungen um Partner in Polen, Russland, Westeuropa oder Nordamerika. Zudem konnten die Beziehungen zu Israel entwickelt werden.

Brandenburg hat einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung und Integration der 2004 sowie 2007 neu in die EU aufgenommenen mittel- und osteuropäischen Staaten geleistet. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unserem polnischen Nachbarland hat die Metropolregion Berlin-Brandenburg mit der Initiierung der Oderpartnerschaft Zeichen gesetzt. Mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie vier westpolnischen Wojewodschaften wird hier die gemeinsame Umsetzung von Entwicklungszielen in der Grenzregion verfolgt. Brandenburg pflegt und unterstützt in vielfältiger Weise länderübergreifende Partnerschaften auf gesellschaftlicher, regionaler und kommunaler Ebene. Seit 2008 arbeiten in zwei Regionen in Polen und einer Region Rumäniens Partnerschaftsbeauftragte aus Brandenburg. Das Land hat sich in Europa einen guten Namen gemacht und arbeitet in verschiedenen Netzwerken auf europäischer Ebene aktiv mit.

Brandenburg hat ein neues Gesicht in Brüssel!

Mit dem Umzug der Landesvertretung bei der Europäischen Union in das Brüsseler Europaviertel hat sich das Land ein neues Gesicht in der informellen Hauptstadt der EU gegeben. Unsere Landesvertretung ist mehr denn je Anlaufstelle und Scharnier zwischen Vertretern der EU-Institutionen und Akteuren aus dem Land. Sie informiert so früh wie möglich über EU-Vorhaben, die brandenburgische Interessen berühren könnten. Persönliche Kontakte und Netzwerke vor Ort sind unverzichtbar, wenn Brandenburg die EU-Politik mit gestalten will. Unsere Frauen und Männer in Brüssel sind vor Ort aktiv und haben für wichtige Landesvorhaben wie die Begleitung des demografischen Wandels, die Zukunftstechnologie CCS oder die Entwicklung brandenburgischer Wirtschaftsbranchen viel erreicht. Als Schaufenster des Landes präsentiert die Landesvertretung das künstlerische, technologische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Schaffen in unserem Land einem breiten Publikum aus den EU-Institutionen und den Mitgliedsstaaten. Auch im Programm der Landesvertretung beim Bund in Berlin spiegelt sich die Rolle Brandenburgs als Tor nach Osteuropa – in zahlreichen Veranstaltungen mit Bezug zum Nachbarland Polen und zu anderen mittel- und osteuropäischen Staaten.



Der Staat und seine Institutionen erbringen zahlreiche Dienste für die Bürgerinnen und Bürger. Die öffentliche Verwaltung, Justiz und Polizei gewährleisten das Recht, Sicherheit und Ordnung für alle Menschen in Brandenburg. Die Lebensqualität in Stadt und Land hängt in hohem Maße vom Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gäste unseres Landes ab. Hohe Verkehrssicherheit, wirkungsvollen Brand- und Katastrophenschutz, Schutz vor Kriminalität und Terrorgefahr, effektive Kampfmittelbeseitigung, Bekämpfung von Korruption – all das erwarten die Menschen vom Land, das sind Aufgaben des Staates.

Sicher ist sicher: Schutz und Prävention im täglichen Leben

Verkehrssicherheit betrifft jeden und hat, gerade auch mit Blick auf die jüngsten Verkehrsteilnehmer, für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Insgesamt ist die Bilanz durchaus positiv: Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten im Straßenverkehr sank zwischen 2004 und 2008 um 20% bzw. ca. 25%. Die Verkehrsunfälle gingen in Brandenburg erfreulicherweise von 86.771 im Jahre 2004 auf 81.255 in 2008 zurück. Die durchschnittliche Unfallschwere nahm ab. Das Verkehrssicherheitsprogramm beinhaltet die mit 6,2 Mio. Euro geförderte Schul- und Spielwegsicherung, Maßnahmen gegen Baumunfälle und einen zusätzlichen Aktionsplan Verkehrssicherheit. Zur weiteren Verbesserung der Verkehrssicherheitsarbeit wurde ein Netzwerk zur Verknüpfung von administrativen, ehrenamtlichen und anderen freiwilligen Leistungsträgern aufgebaut.

Brand- und Katastrophenschutz haben in Brandenburg, wo Waldbrandwarnungen zu jedem durchschnittlichen Sommer gehören, einen hohen Stellenwert. Die Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren wird seit dem Jahr 2007 zum Beispiel aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs jährlich mit 5 Mio. Euro gefördert. Es wurde eine deutliche Verbesserung des fahrzeugtechnischen Bestandes für den Brandschutz erreicht. Ein vom Ministerium des Innern (MI) entwickeltes Konzept zur Neugestaltung des Katastrophenschutzes in Brandenburg trägt Gefährdungsschwerpunkten wie Waldbrand und Hochwasser unter veränderten Rahmenbedingungen Rechnung. Erfahrungen bei zurückliegenden Katastrophen und Großschadensereignissen haben gezeigt, wie wichtig effektiv funktionierende und gut ausgestattete integrierte Leitstellen bei der Bekämpfung von Gefahren sind. Mit den neu geschaffenen Regionalleitstellen der kreisfreien Städte und der Landkreise werden die Qualität der Einsatzentscheidungen verbessert, die Wirtschaftlichkeit optimiert und Informationen bei Katastrophen und Großschadensereignissen besser gesteuert.

Kampf gegen Kriminalität und Korruption

Von 2004 bis 2008 konnte das Niveau der Gesamtkriminalität um 12,7% gesenkt werden. Die Bekämpfung von Straftaten und gesetzliche Regelungen werden innerhalb der Landesregierung eng abgestimmt. So wurde vom Ministerium der Justiz (MdJ) in enger Zusammenarbeit mit Ministerium des Innern (MI) die „Haft-Entlassenen-Auskunfts-Datei-Sexualstraftäter“ (HEADS) entwickelt, um die Bevölkerung wirkungsvoller vor entlassenen und weiterhin gefährlichen Sexualstraftätern zu schützen. Die Konzeption

Regionalleitstellen

Mit den neu geschaffenen Regionalleitstellen der kreisfreien Städte und der Landkreise werden die Qualität der Einsatzentscheidungen verbessert, die Wirtschaftlichkeit optimiert und Informationen bei Katastrophen und Großschadensereignissen besser gesteuert.



Standort Regionalleitstelle

Quelle: Ministerium des Innern





HEADS wird seit 2008 umgesetzt. Damit war Brandenburg das dritte Bundesland, das eine entsprechende Konzeption eingeführt hat.

Brandenburg hat mit großem Erfolg das zur Verbrechensbekämpfung in die Strafprozessordnung aufgenommene „beschleunigte Verfahren“ umgesetzt. Strafverfahren wurden so ausgestaltet, dass nach Möglichkeit die Strafe der Tatbegehung „auf dem Fuße“ folgt. Dazu trug eine überdurchschnittlich gute Zusammenarbeit der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft und der zuständigen Gerichte bei. In 2008 fanden insgesamt 4.609 „beschleunigte Verfahren“ Anwendung – ein neuer Höchststand der Durchführung dieser Verfahrensart. Brandenburg nimmt damit bei der Durchführung dieser Verfahrensart im Bundesgebiet weiterhin eine Spitzenstellung ein.

Die Landesregierung hat Maßnahmen zur Korruptionsprävention und -bekämpfung realisiert:

- die verbindliche Einführung des Verhaltenskodex gegen Korruption in den Behörden;
- die Etablierung von Antikorruptionsbeauftragten auf verschiedenen Ebenen;
- die Errichtung einer Stabsstelle zur Korruptionsprävention im gesamten Geschäftsbereich des ML.

Mit dem 2008 veröffentlichten Bericht über Sponsoringleistungen an die Landesverwaltung Brandenburg haben wir für diesen sensiblen Bereich Transparenz hergestellt.

Landesverwaltung Brandenburg – „schlanker“ und effizienter

In der vierten Legislaturperiode hat die Landesregierung die Verwaltungsmodernisierung und den Stellenabbau in der Landesverwaltung erfolgreich fortgeführt. Sie bün-

delte die Liegenschaftsverwaltung im Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) und errichtete den Landesbetrieb Forst. Mit der Eröffnung des Aus- und Fortbildungszentrums Königs Wusterhausen wurden die Ressourcen der Justizakademie, der Landesakademie für öffentliche Verwaltung und des Bildungszentrums der Finanzverwaltung an einem Standort zusammengeführt. In der gesamten Landesverwaltung wurden 8.400 Stellen abgebaut – vollständig ohne Kündigungen und ohne die Leistungen des öffentlichen Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Diese gut 14%ige Reduzierung des Personalbestandes führt zu jährlichen Einsparungen von über 330 Mio. Euro.

Zur sozialverträglichen Gestaltung des Verwaltungsumbaus und des Stellenabbaus hat die Landesregierung eng und vertrauensvoll mit den Beschäftigten, den Personalvertretungen und den Gewerkschaften zusammengearbeitet. Mit dem erstmaligen Abschluss eines Tarifvertrages „Verwaltungsumbau“ wurde die Grundlage für eine Personal- und Organisationsentwicklung gelegt, die dem Bedarf des Landes und den Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung trägt. Mit dem neu gefassten Landesbeamtengesetz hat die Landesregierung auf die veränderten Rahmenbedingungen für die Arbeit der Beamtinnen und Beamten in der Landesverwaltung reagiert.

Wir haben die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin intensiviert. Dafür stehen viele gemeinsame Einrichtungen beider Länder, wie das gemeinsame Landesinstitut für Schule und Medien und das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg. Mit dem Landeslabor für Brandenburg und Berlin wird seit Anfang 2009 im gemeinsamen Wirtschaftsraum beider Länder die Produktqualität und -sicherheit besser und rationeller kontrolliert. Das MdJ hat die Zusammenarbeit mit der Berliner Justizverwaltung erfolgreich ausgebaut und intensiviert. Gemeinsam wurden effiziente länderübergreifende Strukturen entwickelt, vor allem durch die Errichtung von vier gemeinsamen Fachobergerichten für Berlin-Brandenburg:

- dem Landessozialgericht in Potsdam;
- dem Obergericht in Berlin;
- dem Finanzgericht in Cottbus;
- dem Landesarbeitsgericht in Berlin.

Ein zentrales Mahngericht mit Zuständigkeit für sämtliche Mahnverfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit beider Länder hat beim Amtsgericht Wedding seine Arbeit auf-

genommen. Damit können die Verfahrenslaufzeiten verkürzt werden. Flankierende Maßnahmen wie die Angleichung zahlreicher Verwaltungsvorschriften, die Einrichtung einer IT-Koordinierungsgruppe und einer Berlin-Brandenburgischen Entscheidungsdatenbank stärken die Zusammenarbeit zwischen den Justizverwaltungen. Das gemeinsame Justizprüfungsamt führt seit 2005 juristische Staatsprüfungen als gemeinsame Prüfungen durch, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen und vernetzten juristischen Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Region.

Leistungsstarke Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger

Im September 2008 trat zeitgleich mit der landesweiten Kommunalwahl die neue einheitliche Kommunalverfassung in ihren wesentlichen Teilen in Kraft. Mit der Überarbeitung der kommunalrechtlichen Regelungen in der Gemeinde-, Landkreis- und Amtsordnung hat die Landesregierung vor allem das bürgerschaftliche Engagement gestärkt und die Verwaltung effizienter gemacht. Die neue Kommunalverfassung

- modernisiert die innere Struktur der Gemeinden und bestimmt das Verhältnis zwischen den einzelnen Gemeindeorganen genauer, womit klarere Verantwortungsstrukturen entstehen;
- erweitert die Möglichkeiten der Gemeindevertretung, Beiräte und Beauftragte zu ernennen;
- reformiert das Gemeindefinanzrecht und erweitert die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen;
- regelt die Einführung des doppelten Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens in den Kommunen und
- führt die Direktwahl der Landräte mit Wirkung ab 2010 ein.

Mit der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes wurden zudem entbehrliche Standards abgebaut.

Landkreise und Gemeinden können mit dem Standarderprobungsgesetz des Landes ihre Ideen für bürger- und unternehmerorientierte Verwaltungen in der Praxis erproben. Für einen befristeten Zeitraum dürfen sie dabei vom jeweils geltenden Landesrecht abweichen. Einige Gemeinden haben beispielsweise Aufgaben einer Straßenverkehrsbehörde übernommen. Damit haben Straßenbaufirmen bei der Einrichtung einer Baustelle nur noch eine Anlaufstelle zur Einholung der erforderlichen

Genehmigungen. Auch für Bürgerinnen und Bürger verkürzen sich Antragswege, wenn sie zum Beispiel einen Behindertenausweis benötigen.

Auch beim kommunalen Rechnungswesen hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen Neuerungen auf den Weg gebracht. Die Einführung des doppelten Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens wird bis zum Jahresende 2010 das althergebrachte kameralistische Haushaltsrecht durch ein reformiertes und vor allem betriebswirtschaftlich ausgerichtetes Rechnungswesen ersetzen.

E-Government gehört die Zukunft

Die Landesregierung will Erreichbarkeit und Bürgernähe der öffentlichen Verwaltung vorausschauend und unter den Bedingungen eines Flächenlandes und des demografischen Wandels sichern. Die Rahmenvereinbarung „eBürgerdienste“ zur Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Landkreisen und Gemeinden bildet seit 2005 die Grundlage dafür, dass dabei alle Verwaltungsebenen an einem Strang ziehen. Das Dienstleistungsportal des Landes stellt seit 2006 Bürgern und Unternehmen für ihre konkreten Anliegen schnell, unkompliziert und bedarfsgerecht die erforderlichen Informationen zur Verfügung. Wege zu bereits bestehenden Onlineverfahren werden aufgezeigt. Antragstellung und Einholen von Genehmigungen auf elektronischem Wege haben begonnen, das Angebot wird zügig erweitert. Mit „Bauen online“ wird ab 2009/10 allen Bauherren, Planern und Genehmigungsbehörden auf einer gemeinsamen Internetplattform die Möglichkeit geboten, das Baugenehmigungsverfahren vollständig abzuwickeln nach dem Motto: „Daten müssen laufen, nicht die Bürger“.

Bis zum Jahresende 2009 wird die Landesregierung eine Dachlösung für die Online-Gewerbebeanmeldung erarbeiten, die dann jede Kommune über das Internet anbieten kann. In Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund werden mobile Bürgerdienste in mehreren Kommunen erprobt, um den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, die das Internet nicht nutzen oder den notwendigen Behördengang nicht einrichten können. Die Verwaltung kommt zu den Bürgern, z. B. in Altenheimen oder in ein Einkaufszentrum, um verschiedene Dienstleistungen vor Ort zugänglich zu machen.

Die E-Government-Strategie des Landes reicht weit über die Bürgerdienste im engeren Sinne hinaus und dient auch zur Modernisierung und Effektivierung von verwaltungsinternen und wirtschaftsnahen Prozessen und Dienstleistungen. So wurden mehrere E-Government-Projekte der Vermessungsverwaltung zur Bereitstellung

von Geobasisdaten und Auszügen über Onlinedienste erfolgreich verwirklicht. Damit wird die Einsichtnahme und Erstellung von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster über das Internet ebenso möglich wie die Onlinebestellung und -lieferung von Produkten der Vermessungsverwaltung im Geobroker. Ein erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt der Geodateninfrastruktur Berlin-Brandenburg ist das Geothermieportal, freigeschaltet auf der CeBIT 2008. Hier können Bürgerinnen und Bürger schnell sehen, ob sich für ihr Grundstück die Nutzung von Erdwärme lohnt.



Zu den heute schon am weitesten verbreiteten und millionenfach genutzten Instrumenten des E-Government gehört die elektronische Steuererklärung, kurz ELSTER. Seit dem Jahr 2004 hat sich die Quote der Online-Steuererklärungen in Brandenburg von 6,9% auf 34,1% fast verfünffacht. Mit Ausnahme von Bremen wird damit nirgendwo in Deutschland mehr „geelstert“ als im Land Brandenburg. Da elektronisch eingereichte Steuererklärungen von den Finanzämtern einfacher bearbeitet werden können, kommen die Bürgerinnen und Bürger schneller an ihre Steuererstattungen. Elektronische Verwaltungsverfahren nutzen damit sowohl den Bürgern als auch der Verwaltung.

Auch die brandenburgische Polizei ist zunehmend online präsent. Die 2003 eingeführte Internetwache ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, Informationen rund um die Polizei abzurufen und in direkten Kontakt mit der Polizei zu treten. Dienstleistungen werden – wie in einer realen Polizeiwache – bereitgestellt. Strafanzeigen können erstattet oder Veranstaltungen angemeldet werden. Bürgerfreundlich, wenngleich nicht für jeden erfreulich ist „owi interaktiv“, der Onlinezugang für Betroffene von Ordnungswidrigkeiten, um sich über Zugangsdaten Beweisfotos zu Geschwindigkeitsüberschreitungen anzusehen und direkt Stellung

zum Sachverhalt zu nehmen. Immerhin 25% der monatlich etwa 25.000 Rückäußerungen gehen bereits online bei der Bußgeldstelle ein.

Die „Kinderwache“ richtet sich an Kinder zwischen fünf und acht Jahren und ist eine Erfolgsgeschichte. Auf spielerische Weise werden Kindern die Arbeit der Polizei und der Umgang mit alltäglichen Gefahren nähergebracht. Ziel ist es, das Vertrauen der Kinder in die Polizei zu fördern und sie für Gefahren im Verkehrs- und Kriminalitätsbereich zu sensibilisieren. Seit März 2006 hat die Kinderwache monatlich ca. 3.500 Besucher. Besonders beliebt sind das Malbuch, der virtuelle Wachrundgang und die Telefonfunktion zum Trainieren des Notrufes.

Schnellere Akten – schnellere Fakten!

Brandenburgs Landesverwaltung ist auf dem Weg zur elektronischen Aktenhaltung und Vorgangsbearbeitung. Landesweit sollen Dokumente und Vorgänge künftig vorrangig am Computer bearbeitet werden. Eine Pilotphase im Innenministerium war erfolgreich und wurde 2007 mit dem 1. Preis im bundesweiten E-Government-Wettbewerb bedacht. Mit EL.DOK BB für die Landesverwaltung allgemein, EL.KIS für Kabinettsitzungen, EL.NORM für Gesetze und Verordnungen sowie EL.ARCHIV für die Langzeitarchivierung werden sämtliche Akten komplett digitalisiert und kommen die Fakten schneller auf den Bildschirm. Der Landtag modernisiert seine Verwaltung parallel; die eingesetzte Software trägt den klangvollen Namen ELVIS. Bei planmäßiger Realisierung dieses E-Government-Vorhabens könnte dann das Gesetzgebungsverfahren von der Gesetzesinitiative der Landesregierung bis zur Verkündung und Archivierung des vom Parlament beschlossenen Gesetzes komplett elektronisch bearbeitet werden. Selbstzweck ist das nicht. Die Landesverwaltung in Brandenburg will damit zum modernen Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft werden.



Zivilgesellschaft und Bürgersinn gehören genau wie Weltoffenheit und Toleranz zum ideellen Fundament unseres Landes. Das umfangreiche und vielgestaltige Engagement zahlreicher Brandenburgerinnen und Brandenburger macht diese Wertvorstellungen lebendig und stark. Dabei war schon die Ausgangsposition zu Beginn der Legislaturperiode gut: Etwa jede und jeder Dritte im Land Brandenburg war in den letzten Jahren freiwillig in einem Ehrenamt oder ganz allgemein bürgerschaftlich engagiert.

Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Die Landesregierung hat sich weiter konsequent und kontinuierlich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Brandenburg eingesetzt. Es ist gelungen, Gefährdungen der Demokratie vor allem durch Rechtsextremis-



ten entgegenzutreten und den Kampf vieler Menschen im Land gegen rechts zu unterstützen. Von der Mobilisierung unserer Gesellschaft gegen Rechtsextremismus zeugt der Abschluss von über 20 Kooperationsvereinbarungen seit 2005 mit unterschiedlichsten Partnern aus der Zivilgesellschaft, von der AOK bis Vattenfall. Die Profilierung und Etablierung von „Schulen OHNE Rassismus – Schulen MIT Courage“ ist ein weiterer Beleg.

Wir haben die Bundesinitiative „Orte der Vielfalt“, zu denen derzeit knapp 25 Kommunen in Brandenburg gehören, unterstützt. Auch die Schaffung breit gefächerter Beratungs- und Unterstützungsangebote, seit 2007 zusätzlich finanziert aus Mitteln der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“ und „kompetent. für

Demokratie“ trägt zur Entwicklung einer toleranten Haltung und zur Akzeptanz anderer Kulturen und Lebensentwürfe bei. Zehn Kommunen im Land haben „Lokale Aktionspläne“ entwickelt. Die etablierten Strukturen und die vielen Aktionen zeigen Wirkung: Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung verzeichnet einen Rückgang fremdenfeindlicher Einstellungen in der erwachsenen Bevölkerung (über 15-Jährige) zwischen 2006 und 2008 um rund 15% von 49 auf 34%.

Präventionsmaßnahmen wie die Aufklärungsarbeit durch den Verfassungsschutz und Partnerschaften von Schulen und Polizei sind ein Faktor im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus sowie für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Großes Interesse an Schulen findet das für Jugendliche entwickelte Planspiel „Demokratie und Extremismus“. Es wurde unter pädagogischer Anleitung von Verfassungsschutzmitarbeitern mehrfach mit großem Erfolg durchgeführt.

Die Bekämpfung von Extremismus und politisch motivierter Kriminalität war im Berichtszeitraum auch deshalb erfolgreich, weil die Polizei konsequent und unnachgiebig gegen rechtsextremistische Gewaltkriminalität vorgegangen ist. Permanenter Verfolgungs- und Aufklärungsdruck sowie schnelle Strafverfolgung sind Grundpfeiler der Handlungsstrategie der Landesregierung. Diese Maßnahmen haben im Verbund mit vielfältigen gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen zum Rückgang rechtsextremistischer Gewalt geführt. Im Jahr 2004 wurden 105 Fälle registriert, 2008 waren es noch 71 Fälle. Das ist ein Rückgang von mehr als 30%. So erfreulich diese Entwicklung ist, sie gibt dennoch keinen Anlass zur Entwarnung. Deshalb werden wir in Brandenburg den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Das gilt auch für die Stärkung und Festigung der geschaffenen demokratischen Strukturen vor Ort. Die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements für eine demokratische Kultur ist eine dauerhafte Aufgabe.

Toleranz und Weltoffenheit – unverzichtbar für unser Land

Im landesweiten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ arbeiten inzwischen 50 Organisationen und Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft. Die gemeinsamen Anstrengungen von Bürgern, Staat und Politik haben dazu beigetragen, dass die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger solchen Bestrebungen und Aktivitäten nicht nur ablehnend gegenübersteht, sondern ihnen auch immer stärker aktiv entgegentritt: beispielsweise durch

Projekte wie das „Bündnis gegen Rechts – Falkensee“, das „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Nazi-Aufmärsche in Halbe“, die „Nordbahngemeinden mit Courage“.

Seit mehr als zehn Jahren arbeitet die Landesregierung sehr erfolgreich mit ihrem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Förderung zahlreicher lokaler und regionaler Projekte hat zur Entwicklung eines wahrhaft „Toleranten Brandenburg“ beigetragen.

Als erstes ostdeutsches Bundesland hat Brandenburg die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet. Gewünschte Vielfalt, gelebte Toleranz, gestaltete Integration sind Eckpfeiler der Landespolitik. Entsprechend fördert und unterstützt die Landesregierung zahlreiche regionale Integrationsmaßnahmen und lokale Integrationsnetzwerke für Zugewanderte sowie das bürgerschaftliche Engagement der Brandenburger Zugewanderten selbst, die in über 40 Vereinen zur gesellschaftlichen und kulturellen Öffnung des Landes beitragen. Mit dem jährlich stattfindenden Einbürgerungsfest, das von



Landesregierung und Landtag veranstaltet wird, heißen wir die neuen Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs ausdrücklich willkommen. Mit Veranstaltungen wie der „Regionalkonferenz Ost“ im Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007 und dem „Zukunftslabor“ im Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008 haben wir gezeigt, wofür wir uns einsetzen – für Vielfalt, Toleranz, Demokratie.

Vom Pilotprojekt zur Regelversorgung – Netzwerke Gesunde Kinder

Für eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder erhalten junge Eltern die erforderliche Unterstützung über die lokalen Netzwerke für Gesunde Kinder. Die Erfolgsgeschichte begann 2006 mit zwei Pilotprojekten. Heute sind lokale Netzwerke an insgesamt 22 Standorten etabliert und weitere werden noch 2009 starten. Die Netzwerke schließen die Lücke zwischen der benötigten Hilfe für junge Eltern und den hoch spezialisierten professionellen Gesundheits- und Sozialdiensten. Die Inanspruchnahme der Netzwerkangebote ist unerwartet hoch. Der Bedarf ist groß, das Konzept überzeugt und der Erfolg hat sich herumgesprochen. In den Netzwerken finden sich all diejenigen zusammen, denen beruflich und persönlich das Wohl unserer Kinder am Herzen liegt, wie Gynäkologen, Hebammen, Physiotherapeuten, Logopäden, Pädiater, Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter, Jugend- und Sozialämter und die meist ehrenamtlichen Patinnen und Paten. Sie alle geben jungen Eltern die erforderliche Unterstützung für eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder – direkt vor Ort, passgenau und unbürokratisch aus einer Hand. Entscheidend für den Erfolg sind die regelmäßigen Besuche der geschulten Patinnen und Paten in den Familien. Die Paten schauen hin, hören zu, fragen nach, erinnern und unterstützen mit Rat und Tat bei der Bewältigung des Alltags mit Kindern. Sie haben das Vertrauen der Familien. Wenn sie erste Anzeichen einer Entwicklungsverzögerung oder einer Kindesvernachlässigung erkennen, können sie mit Zustimmung der Eltern frühzeitig geeignete Hilfe vermitteln.



Engagiert für Minderheiten

Zur Unterstützung von Minderheiten in Brandenburg fördert die Landesregierung die in Brandenburg seit 1990 wieder entstandenen jüdischen Gemeinden sowie die Stiftung für das sorbische Volk. Im Jahr 2005 haben das Land und der Landesverband Jüdischer Gemeinden einen Staatsvertrag abgeschlossen, der den Gemeinden die notwendige rechtliche und finanzielle Sicherheit für den weiteren Aufbau des Gemeindelebens gibt. In diesem Jahr haben die Planungen für



die Errichtung einer Synagoge in Potsdam Gestalt angenommen, der ausgewählte Architektenentwurf für den Synagogenneubau hat große öffentliche Zustimmung gefunden. Die Förderung der in der Niederlausitz und in Sachsen lebenden Sorben (Wenden) wird wesentlich von der Stiftung für das sorbische Volk geleistet, die aus Bundesmitteln sowie Mitteln der Länder Brandenburg und Sachsen finanziert wird. Ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit ist die Erhaltung der sorbischen (wendischen) Sprache. Das ab 01.01.2009 geltende neue Finanzierungsabkommen sieht eine deutliche Steigerung der Zuschüsse vor. Die Landesregierung unterstreicht damit, dass die Unterstützung des sorbischen (wendischen) Volkes ein wichtiges landespolitisches Ziel ist.

Miteinander und Füreinander in Brandenburg

Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode ehrenamtliche Tätigkeiten besonders gefördert und entsprechende Aktivitäten koordiniert. Ziel war und ist es, die bereits Engagierten zu unterstützen und noch Unentschlossene zu gewinnen. Dazu und um die Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit zu verdeutlichen, hat die Landesregierung das Ehrenamt stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei ist Anlaufpunkt und Servicestelle für Ehrenamtliche. Seit Januar 2006 haben Ehrenamtliche mit den neuen Landesrahmenverträgen für den Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz mehr Rechtssicherheit. 18 Freiwilligenagenturen und eine übergreifende Landesarbeitsgemeinschaft (LAGFA), die Angebot und Nachfrage für ehrenamtliche Tätigkeit aufeinander abstimmen, gibt es inzwischen im Land. Die im Januar 2007 in Potsdam gegründete LAGFA wird von der Landesregierung unterstützt. Brandenburg beteiligt sich mit wachsender Resonanz an der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerschaftliches Engagement ist inzwischen ein fester Bestandteil des kommunalen Lebens. Das gilt beispielsweise für ehrenamtliche Richterinnen und Richter oder die Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren, in Sportvereinen, Kulturprojekten und Kirchen. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und damit der Zivilgesellschaft ist und bleibt eine langfristige Aufgabe der Landes-, aber auch der Kommunalpolitik.



Neubau in Potsdams Mitte

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurden die Weichen gestellt für eine angemessene Unterbringung unseres Landesparlaments. Die Landesregierung steht in der Pflicht, dem Landtag jegliche Hilfe und Unterstützung beim Bau des neuen Parlamentsgebäudes zu leisten.

Mit der Entscheidung, seinen Sitz in die alte Potsdamer Stadtmitte zu verlegen, hat der Landtag deutlich gemacht, welchen Stellenwert eine bürgernahe Volksvertretung in einer lebendigen Innenstadt für die Abgeordneten hat. Der Landtag wird einen Neubau in der Kubatur des ehemaligen Stadtschlusses errichten

und die Fassaden nach dem historischen Vorbild gestalten. Auf diese Weise soll die bisher unzulängliche Unterbringung unseres Parlaments verbessert und gleichzeitig ein bedeutender Beitrag zur Wiederherstellung der historischen Stadtmitte in Potsdam geleistet werden. Dass es so kommt, ist nicht zuletzt dem Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt zu verdanken.



Impressum

Herausgeber

Staatskanzlei Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
www.stk.brandenburg.de

Lektorat: Alexandra Knuth

Gestaltung: UVA Kommunikation und Medien GmbH

Bildnachweis:

Titel: FH Brandenburg, picture-alliance/dpa/Nestor Bachmann, picture-alliance/ZB/Hans Wiedl, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport/Michael Nowak, Innen: S. 3 Staatskanzlei Brandenburg, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur/Thilo Rückeis, S. 4 Staatskanzlei Brandenburg, S. 6 picture-alliance/ZB/Patrick Pleul, S. 7 picture-alliance/ZB/Patrick Pleul, S. 8 fotolia, S. 9 BTU Cottbus/Mathias Schormann, S. 10 picture-alliance/ZB/Bernd Settnik, S. 13 picture-alliance/ZB/Patrick Pleul, S. 15 picture-alliance/ZB/Nestor Bachmann, picture-alliance/dpa/Maxppp, S. 16 picture-alliance/ZB/Bernd Settnik, S. 17 picture-alliance/Lethikuva/Ismo Pekkarinen, S. 18 picture-alliance/dpa/Michael Hanschke, S.19 picture-alliance/ZB/Bernd Settnik, S. 21 picture-alliance/ZB/Hans Wiedl, S. 22 Bauernzeitung/Sabine Rübensaat, S. 23 picture-alliance/ZB/Patrick Pleul, S. 24 picture-alliance/Frederik von Erichsen, S. 25 picture-alliance/ZB/Patrick Pleul, S. 26 picture-alliance/dpa/Nestor Bachmann, S. 27 picture-alliance/akg-images/Herbert Kraft, S. 29 picture-alliance/Sven Simon, S. 31 Ministerium des Innern/Uwe Reibhorn, S. 33 Ministerium des Innern, fotolia, S. 34 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport/Michael Nowak, S. 35 picture-alliance/ZB/Christel Köster, picture-alliance/Sander/Gerhard Beneken, S. 36 picture-alliance/dpa/Bernd Settnik, S. 37 Ministerium der Finanzen/Klaus Klötzer

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Auflage: 500 Exemplare

Juni 2009

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der brandenburgischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Publikation nicht so verwendet werden, dass es als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.